

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/114: 07.07.1941 – 04.09.1941

07.07.1941

Jugoslawien: Als jugoslawische Partisanen am 7. Juli 1941 mehrere Polizisten aus dem Hinterhalt erschießen, beginnt im gesamten Land ein gnadenloser Partisanen- bzw. Bürgerkrieg. In Jugoslawien toben danach überall blutige Partisanenunruhen. Im Rahmen von "Sühnemaßnahmen" erschießen deutsche SD-Einheiten in den folgenden Monaten bei Kragujewatz und Kraljewo etwa 9.300 jugoslawische Zivilisten bzw. Geiseln (x040/101).

Partisanenkrieg in Jugoslawien

Als Josip Broz (1892-1980, Generalsekretär der jugoslawischen Kommunistischen Partei, genannt "Tito") am 4.07.1941 die "Proletarischen Brigaden" der Serben zum Partisanenkampf gegen die Faschisten aufrief, kämpften in Serbien 2 jugoslawische Widerstandsgruppen, die Tito-Partisanen (südslawische Kommunisten) und die königstreuen Tschetniks (nationale Widerstandsbewegung in Westserbien) gegen die Kroaten sowie die ausländischen Besatzungstruppen.

Im Sommer 1941 begannen in Jugoslawien vielerorts heimtückische Partisanenüberfälle. Jugoslawien entwickelte sich schnell zu einem regelrechten "Hexenkessel". In der jugoslawischen Völkermischzone gab es keine eindeutigen Fronten, so daß man Feinde und Freunde (Serben, Kroaten, Bosnier, Ungarn, Deutsche, Italiener, Türken, Slowenen, Ukrainer, Zigeuner und andere Minderheiten) oft nicht zuverlässig einordnen konnte. Die Kroaten, Serben und Bosnier waren zwar traditionelle Todfeinde, aber sie wechselten nicht selten erstaunlich schnell ihren "Glauben" und waren danach augenblicklich Verbündete.

Die Gegner wurden damals grundsätzlich als Bestien, Ungeheuer und Verräter verteufelt, die man erschlagen mußte. Alle Feinde waren demnach Teufel, mit denen man gewöhnlich nicht verhandeln durfte.

Die römisch-katholischen Kroaten massakrierten in Kroatien gewöhnlich die griechisch-orthodoxen Serben, während die Serben in Bosnien die Moslems jagten. In Südserbien roteten die Tschetniks vor allem die moslemischen Bosnier aus. Die serbischen Partisanen, die durch den jahrhundertelangen Widerstand gegen die erbarmungslose türkische Besatzungsmacht geprägt worden waren, führten einen, für westeuropäische Verhältnisse, unfassbar grausamen Partisanenkrieg. Überfälle, Mord, Entführungen, bestialische Folter, abartige Verstümmelungen und Prügel bis zum Tod waren im jugoslawischen Partisanenkrieg an der Tagesordnung.

Die deutschen Wehrmachtsbefehlshaber und die deutschen Besatzungstruppen waren auf derartige Partisanenüberfälle nicht vorbereitet. Sie reagierten bis zum Ende des Krieges mit hilf- und maßlosen Vergeltungsmaßnahmen, um die unvorstellbare Brutalität der serbischen Partisanen zu bekämpfen. Gemäß OKW-Befehl vom 16.09.1941 wurden schließlich für jeden verwundeten deutschen Soldaten 50 jugoslawische Geiseln und für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 jugoslawische Geiseln liquidiert (x006/60E). Die italienische Besatzungsmacht

fürhte damals ähnliche Vergeltungsmaßnahmen durch.

In dem OKW-Befehl vom 16.09.1941 heißt es (x130/204): >>... Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden. ... Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.<<

Die kroatische Ustascha-Bewegung vertrieb bis Oktober 1941 rd. 120.000 Serben aus Kroatien nach Serbien. Später mußten weitere 42.000 Serben und 58.000 Kroaten die bulgarischen Gebiete verlassen. Im gleichen Zeitraum vertrieben die Serben rd. 12.000 Kroaten aus Serbien (x006/77E, 78E). Die italienischen Besatzer verschleppten bis Ende 1941 rd. 35.000 Slowenen und andere jugoslawische Staatsbürger nach Italien. Das NS-Regime deportierte ebenfalls Tausende von jugoslawischen "Fremdarbeitern" in das Deutsche Reich.

Im Spätherbst 1941 schlugen die deutschen Truppen den Partisanenkrieg in Serbien vorübergehend nieder. Die meisten Partisanen konnten jedoch in die fast unzugänglichen jugoslawischen Gebirge und Schluchten entkommen und setzten den Kampf später fort. Wegen der ständigen Partisanenüberfälle siedelte man im Winter 1941/42 alle Volksdeutschen, die in Serbien lebten, in westliche Gebiete um.

Ab November 1941 bekämpften sich außerdem die Tito-Partisanen (südslawische Kommunisten) und die königstreuen Tschetniks (nationale Widerstandsbewegung in Westserbien) und führten erbitterte Gefechte.

Der Volksdeutsche O. W. aus Windthorst in Bosnien berichtet später über die Verteidigung einer deutschen Siedlung gegen Partisanenangriffe (x006/151): >>... Jede Nacht war ein "Zug" der Kolonisten ... des Dorfes auf Wache. ... Die Partisanen ihrerseits wußten, daß sie hier auf Granit beißen mußten, denn die Kolonisten verteidigten nicht nur die wichtige Straße, sondern vor allem ihre eigenen Frauen und Kinder und Häuser.

Furchtbar rächten sich die Partisanen, wenn sie sich des einen oder anderen ... bemächtigen konnten ... Im strengsten Winter (Januar 1942) nahmen sie 3 Männer mit, banden sie an Bäume, zogen sie nackt aus und mißhandelten sie dann bis zum Tode. Erst Monate darauf, nach der Frühjahrsoffensive gegen die Partisanen im Kozara-Gebirge, konnten die arg verstümmelten Leichen dieser 3 Männer geborgen und ... beigesetzt werden.

Doch waren nicht alle Partisanenbrigaden gleich grausam. So hat sich z.B. die Einheit ... eines jungen serbischen Popen, die das Kloster M. einnahm ... im großen und ganzen korrekt verhalten.

Am radikalsten waren die kroatischen Serben ... weil dort ... die kroatische Ustasi furchtbar brutal vorgegangen waren. Ende September 1944, als es zur Aussiedlung kam, war gerade diese Brigade ... im Einsatz gegen Windthorst, und das wußten alle: da gab es kein Pardon. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über den Partisanenkrieg in Jugoslawien (x006/45E-59E,60E-64E): >>**Der Balkanfeldzug; die Volksgruppe im Krieg; die Zerschlagung Jugoslawiens**

Nach der Aktion der Oppositionsgruppen um Simović trieb die Entwicklung in Jugoslawien schnell auf eine Krise in den Beziehungen zum Reich hin. Dennoch waren es nicht primär die deutsch-jugoslawischen Beziehungen, sondern die Mißerfolge des italienischen Balkankrieges, welche das militärische Eingreifen Deutschlands herbeiführten.

Um die mit einer drohenden italienischen Niederlage und dem Eingreifen der Engländer in Griechenland heraufziehenden Gefahren zu bannen, entschloß sich Hitler, dem bis dahin "kein Opfer" als zu hoch "für ein freundschaftliches Verhältnis zu Jugoslawien" erschienen war und obwohl damit seine Rußlandpläne verzögert wurden, zum Losschlagen, als mit dem Simović-Putsch das auslösende Moment gegeben war.

Nach einer kurzen, heftigen Pressekampagne mit den üblichen Vorwürfen wegen Vergehen an den Volksdeutschen begann am 5. April 1941 der Krieg gegen Jugoslawien. Starke Panzertruppen unter Generaloberst von Kleist, motorisierte Kräfte, Infanterie- und Gebirgsdivisionen, ebenfalls unterstützt von einem Panzerkorps unter Generaloberst von Weichs, und Truppen der 12. Armee unter Generalfeldmarschall List stießen aus dem Norden und von Bulgarien her nach Jugoslawien hinein.

Am 6. April bombardierte die Luftwaffe pausenlos die Hauptstadt Belgrad; durch diese als "Strafaktion" gegen die Putschisten aufgefaßten Angriffe entstanden unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste. Auch Volksdeutsche fielen den Angriffen zum Opfer. Das jugoslawische Heer vermochte die Angriffskeile der deutschen Verbände nirgends nachhaltig aufzufangen. Am 17. April wurden nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers Simović Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet; am Tage darauf trat der in Belgrad unterzeichnete Vertrag über die bedingungslose Kapitulation der jugoslawischen Wehrmacht in Kraft.

Er bedeutete zugleich de facto das politische Ende Jugoslawiens, am 8. Juli 1941 verkündeten Deutschland und Italien das staatsrechtliche Ende des Königreichs Jugoslawien, dessen emigrierter König und seine Regierung allerdings im Exil den Anspruch auf das Fortbestehen des Staates erhoben.

Die Volksdeutschen in waffenfähigem Alter gerieten in den Tagen vor und nach dem Kriegsausbruch in einen tiefen inneren Zwiespalt. Befolgung des Gestellungsbefehls und damit Kampf gegen deutsche Truppen oder Vermeidung des Kriegsdienstes durch Flucht oder im Versteck - das war für viele die Alternative.

Im Norden und Nordosten des Landes wählte mancher den Weg in die Steiermark, nach Ungarn oder Rumänien, andere verbargen sich bis zum Eintreffen deutscher Soldaten. Sich dem jugoslawischen Militärdienst zu entziehen, hatte auch eine vom OKW der "Volksdeutschen Mittelstelle" (VOMI) übermittelte "Führerweisung" gefordert, deren Inhalt über die Volksgruppe bekannt gemacht werden sollte.

Darin hieß es, "der Führer (hat) entschieden, daß sich die Betreffenden dem Stellungsbefehl entziehen und verstecken sollen ...". Dennoch wurde eine nicht genauer zu bestimmende Zahl von Jugoslawiendeutschen, zweifellos die Mehrheit der Dienstpflichtigen, eingezogen; sie gingen häufig nach der ersten Feindberührung, ähnlich wie kroatische Einheiten, zu den deutschen Truppen über und wurden alsbald wieder nach kurzer Gefangenschaft entlassen.

Inmitten der überhitzten Atmosphäre dieser ersten Apriltage wurden die verantwortlichen Männer der volksdeutschen Gemeinden und der Volksgruppenleitung in tragische Verhältnisse verstrickt, in denen es für sie zu einem fast unlösbaren Problem wurde, die richtigen Grundsätze für ihr Verhalten zu finden. Wenn es dabei zu Entscheidungen kam, in denen das Bedürfnis nach Selbstschutz und sogar eigener Aktion die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem jugoslawischen Staat überwog, so war diese Handlungsweise in starkem Maße von der nahezu unerträglich gespannten Situation und der sicher nicht ganz unberechtigten Furcht vor Ausschreitungen gegen Deutsche diktiert.

Für die deutschen Geiseln, die an vielen Orten in Haft genommen und meist nach Peterwardein gebracht worden waren, war unmittelbare Gefahr für Leib und Leben heraufbeschworen. In manchen Orten der Batschka und im Banat, auch in Slawonien und Bosnien wurden daher bewaffnete Streifen gebildet, die häufig von den Mitgliedern der halb-militärischen "Deutschen Mannschaft" gestellt wurden, sich dann aber nicht auf den Schutz der Volksdeutschen beschränkten.

In Neusatz, wo sich Dr. Janko mit seinen Mitarbeitern im Habag-Haus (Haus-Bau-AG) versammelt und verbarrikadiert und nach Verhandlungen die Aufstellung einer Deutschen Bürgerwache von 150 Mann erreicht hatte, gab das Erscheinen deutscher Truppen am anderen Donauufer und die Sprengung der beiden Brücken "das Zeichen, nun vollends frei in Aktion

zu treten".

Die inzwischen mit Gewehren bewaffnete Wachmannschaft besetzte das Postgebäude, den Bahnhof, das Kraftwerk und begann mit der Entwaffnung serbischer Truppenteile; die deutschen Geiseln wurden von einem Stoßtrupp befreit. Während im Habag-Haus Waffentransporte eintrafen, so daß dort "etwa 1.000 Gewehre, etwa 30 LMG, 15 SMG, 3 PAK, etwa 60.000 Schuß Infanteriemunition, große Mengen Handgranaten usw." gestapelt werden mußten, wurden zwei serbische Regimenter zur Waffenniederlegung überredet.

In Esseg beim Kampf um die Hauptpost und bei der Verteidigung der beiden großen Draubrücken, in der Gottschee, in Marburg (Drau), Vukovar, Ruma, Beschka, Indjija, Neu-Pasua und Franztal griffen bewaffnete Einsatztrupps der "Deutschen Mannschaft" im Rücken der Front ein und nutzten die Auflösungserscheinungen unter den zurückflutenden Truppen aus. Eine wertvolle Unterstützung für die deutschen Angriffsspitzen bedeutete die Besetzung des mit neuen Messerschmittjägern ausgerüsteten großen Militärflughafens Semlin bei Belgrad durch eine Gruppe von Volksdeutschen.

Es kann nicht verwundern, daß in den Tagen des jugoslawischen Zusammenbruchs, bei der Panik und Hysterie der Militäreinheiten und der Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, die Nachrichten über solche Vorgänge und die Zusammenstöße vieler serbischer Soldaten mit der "Deutschen Mannschaft" und dem Ortsschutz der Dörfer die sicherlich irrige Vorstellung genährt haben, es mit der wohlüberlegten Tätigkeit einer deutschen "5. Kolonne" zu tun zu haben. Ihr wurde die katastrophale Niederlage zum guten Teil zugeschrieben, was historisch indessen keineswegs zutrifft.

Auf der anderen Seite muß festgehalten werden, daß sich das vielerorts ungestörte gute Verhältnis zwischen den Deutschen und Andersnationalen auch in der Krise des Aprils 1941 und später bewährte. Nach dem Einzug der Ungarn in Neusatz suchten und fanden Serben aus der Stadt und auch aus den Landgemeinden Schutz im Habag-Haus. Auch später noch wurde von den Deutschen im Banat und in der Batschka zahlreichen Serben gegen die Ungarn und Kroaten Hilfe gewährt, gleich, ob es sich um exponierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder um bäuerliche Nachbarn handelte.

In Syrmien und in Kroatien gefährdeten Deutsche ihr Leben, da sie sich für verfolgte Serben einsetzten; so wurde z.B. der Bezirksvorsteher von Alt-Pasua, Rometsch, aus Rache dafür erschossen, daß er kroatische Ustaschi ausweisen ließ, die Serben abführen wollten. Auch die deutschen Geistlichen suchten oft unter Lebensgefahr ihre orthodoxen Amtsbrüder zu schützen. Bis in die Nachkriegsjahre hat in zahllosen Fällen diese enge Verbindung mit Andersnationalen die Leidenschaften und Gegensätze des Krieges überdauert.

Die militärische Niederlage Jugoslawiens gab den Achsenmächten, denen sich nach Kriegsausbruch Ungarn und Bulgarien angeschlossen hatten, Spielraum zur Zerschlagung des südslawischen Königreichs, wobei ihnen die starken innerstaatlichen Spannungen zweifellos weit entgegenkamen.

Der Leiter der nationalrevolutionären, halbfaschistischen kroatischen Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, ließ am 10. April durch den ehemaligen k. u. k. Obersten E. Kvaternik einige Stunden vor der Ankunft deutscher Verbände den "Unabhängigen Staat Kroatien" ausrufen; Pavelić übernahm als "Poglavnik" (Staatsführer) die autoritäre Regierung des von Deutschland und Italien als Bündnispartner anerkannten Nachfolgestaates. In den Wiener Verhandlungen vom 20. bis 22. April 1941 wurden dann die Annexionen der einzelnen Mächte festgelegt.

Das Reich erhielt vom nördlichen Slowenien die Oberkrain und die früheren Kärnter und steirischen Gebiete der Donaumonarchie, während Italien außer der Unterkrain die dalmatinischen Inseln und ausgedehnte Streifen der Adriaküste aus der jugoslawischen Konkursmasse gewann, sich dazu eine südlich von Agram, Banja Luka und Sarajewo liegende Besatzungs-

zone zuweisen ließ und den - dann niemals amtierenden - kroatischen König Tomislav II. mit Herzog Aimone von Spoleto zu stellen beanspruchte. Ungarn gliederte sich die Murgebiete und die westliche Woiwodina an, Bulgarien das serbische Mazedonien.

Ein Streifen Westmazedoniens wurde zu dem mit Italien in Personalunion verbundenen Großalbanien geschlagen. In Cetinje proklamierte eine "Konstituierende Nationalversammlung" am 12. Juni 1941 die Unabhängigkeit eines ebenfalls eng mit Italien liierten Montenegro. Allen großserbischen Tendenzen war durch diese Abtrennungen die Basis entzogen, so daß für den ungefähr mit Altserbien übereinstimmenden Reststaat Serbien, in dem nach dem Zwischenspiel einer provisorischen Regierung der General Nedić die Geschäfte übernahm (29. August 1941), nur die Rolle eines abhängigen Satelliten der Achsenpartner blieb.

Das von Rumänien beanspruchte Westbanat, das Hitler indessen für später auch noch Ungarn zugesichert hatte, unterstand Serbien der Verwaltung und Kontrolle des deutschen "Militärbefehlshabers Serbien". In neun verschiedenen Zonen also: teils annektierten oder von Militärs verwalteten Gebieten, teils Staaten im Genuß einer Pseudounabhängigkeit, spielte sich bis 1944/45 das politische Leben Jugoslawiens ab.

Die Volksdeutschen Südslawiens hatten im Norden Sloweniens den erstrebten Anschluß an das Reich gewonnen. In den Wiener Vereinbarungen war die neue deutsch-italienische Grenze, in nordwestlich-südöstlicher Richtung durch Slowenien verlaufend, festgelegt worden. Der deutsch-kroatische Vertrag vom 13. Mai 1941 folgte den ehemaligen Kronlandgrenzen. Die Sloweniendeutschen unterstanden damit bis Kriegsende der Hoheit und den Gesetzen des Reiches, wenn sie auch formell nie eingegliedert wurden.

Der neugewonnene Teil Kärntens und der Krain wurde dem Gau Kärnten, der größere steiermärkische Teil dem Gau Steiermark unter Gauleiter und Reichsstatthalter Uiberreither angeschlossen, der dort als Chef der Zivilverwaltung amtierte, während diese Funktion in Kärnten-Krain der stellvertretende Gauleiter von Kärnten, Kutschera, ausübte. –

Südlich von Laibach unterstanden die Jugoslawiendeutschen italienischer, ihre Mehrheit in der Batschka und Baranja ungarischer Oberhoheit; Ungarn zählte daher nach 1941 mit ca. 1,2 Millionen die größte deutsche Minderheit in Südosteuropa.

Im "Unabhängigen Staat Kroatien" sollte die deutsche Volksgruppe sehr bald eine eigene Rechtsstellung gewinnen, während die deutsche Minderheit im Banat eine eigene Volksgruppe unter der Leitung Dr. Jankos bildete; ihr wie dem Streudeutschtum Serbiens wurde die Protektion der deutschen Militäradministration zuteil. Spätestens seit dem Hochsommer 1941 waren die Jugoslawiendeutschen außerhalb der Batschka und Baranja unmittelbar und ohne Einschränkung von reichsdeutschen Direktiven abhängig.

2. Die Entwicklung in den einzelnen Teilgebieten:

a) Kroatien.

Die Leitung des in Agram ausgerufenen "Unabhängigen Staates Kroatien" übernahm am 15. April 1941 der aus Italien herbeigeeilte Führer der Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, mit dem die Vertreter des Kroatiendeutschtums sogleich in Verhandlungen über die Rechtsstellung der Volksdeutschen Staatsbürger eintraten.

Als erstes Zeichen des Entgegenkommens wurde der zur Erneuerungsbewegung zählende Palankaer Rechtsanwalt Dr. Jakob Elicker zum Großgespan der fast ganz Syrmien umfassenden Großgespanschaft Wuka ernannt, ehe nach zwei Monate währenden Beratungen in einer Reihe von kroatischen Gesetzesdekreten der Rechtsstatus der "Deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien" fixiert wurde.

Das erste Gesetz vom 21.6.1941 erklärte sie zur juristischen Person öffentlichen Rechts (Art. 2) und garantierte ihren Angehörigen die Gleichberechtigung mit Kroaten auf den Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens (Art. 5), sowie die "uneingeschränkte Erhaltung ihres deutschen Volkstums und das ungehinderte Bekenntnis zu ihrer nationalsozialistischen Welt-

anschauung".

Am 31.7.1941 wurde der Volksgruppe die Gründung einer "Einsatzstaffel" im Rahmen der kroatischen Ustaschamiliz gestattet, deren drei aus der "Deutschen Mannschaft" gebildete Kompanien samt einer "Stabswache" dem kroatischen Generalstabschef unterstellt werden sollten. Der Sommer 1941 verstrich, bis am 30.10.1941 die Rechtsstellung des Volksgruppenführers Branimir Altgayer dahin näher bestimmt wurde, daß er Amt und Befugnisse eines Staatsdirektors zugesprochen erhielt, eine Stellung, die 1943 mit der Ernennung Altgayers zum Staatssekretär substantiell nicht verändert wurde.

In den inneren Angelegenheiten der Volksgruppe sprach das Dekret vom 30.10.1941 Altgayer "das Verordnungsrecht im Rahmen der Gesetze zu" (Art. 4) und überließ ihm damit den ganzen Bereich des politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Kroatiendeutschen zur rechtlichen Ordnung. Gewisse Grenzen wurden dieser Volksgruppenhoheit durch die Verfügungen "über den Gebrauch der deutschen Sprache, der deutschen Fahne und der deutschen Symbole" vom 30.10.1941, über "Beamte und Angestellte deutscher Volkszugehörigkeit im öffentlichen Dienst" vom gleichen Tag und "über das deutsche Schulwesen" vom 25.9.1941 gesteckt.

Die sprachenrechtliche Regelung gestattete den Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben in Wort und Schrift; in Verwaltungseinheiten mit mehr als zwanzig Prozent deutscher Bevölkerung galten Kroatisch und Deutsch als gleichberechtigte Amtssprachen, öffentliche Bekanntmachungen, Aufschriften, Formulare usw. waren doppelsprachig zu halten; in Distrikten mit mehr als zehn Prozent deutscher Bevölkerung durften die Deutschen ihre Sprache im Amtsverkehr gebrauchen (Art. 3).

In den deutschen Siedlungen sollten "möglichst volksdeutsche Beamte" verwendet werden, wie es die Verfügung über die deutschen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Art. 5) forderte. Ihre Anstellungsgesuche unterlagen einer Beurteilung durch die Volksgruppenführung und das "Ustascha-Hauptquartier"; beim Amtseid versprachen sie "dem deutschen Volkstum und dem Führer sowie dem Staat Kroatien und dem Poglavnik" die Treue zu halten (Art. 4). Nur im Einvernehmen mit dem Volksgruppenführer konnten sie versetzt, suspendiert, pensioniert und entlassen werden.

Die Neuordnung des Schulwesens gab der Volksgruppe nicht die völlige Schulautonomie, sondern unterstellte es einer eigenen Abteilung im kroatischen Unterrichtsministerium, in der die Lehrpläne und Schulbücher ausgearbeitet wurden. Zu ihrem Leiter wurde auf Vorschlag Altgayers der ehemalige Rektor des deutschen Realgymnasiums in Agram, H. Kühn, ernannt. Im Gegensatz zur Regelung in der Batschka und im Banat blieben die kroatiendeutschen Schulen grundsätzlich staatliche Institutionen, wenn ihnen auch gleichwohl in denkbar großzügiger Weise Raum zur Entfaltung gewährt wurde.

Die Aufnahme der Kinder erfolgte ohne weitere Formalität auf Grund des von der Volksgruppe ausgestellten "Volkszugehörigkeitsausweises", wobei deutsche Kinder prinzipiell in deutsche Schulen eingeschrieben wurden (Art. 5). In Orten, wo im Umkreis von 8 km mindestens 20 schulpflichtige deutsche Kinder lebten, mußte eine deutsche Volksschule errichtet werden; gab es nur 10 deutsche Kinder, so sollten Behelfsschulen, bei weniger als 10 deutschen Kindern sog. "Schulstützpunkte" für deutsche Wanderlehrer errichtet werden (Art. 8, 9).

Außerdem war es der Volksgruppe mit Zustimmung des Unterrichtsministeriums gestattet, "auf eigene Kosten" Schulen und Lehrkräfte zu unterhalten, während diese sonst als Beamte des kroatischen Staates besoldet wurden. Die Richtlinien dieses Schuldekrets trugen der Lage des slawonischen und kroatischen Streudeutschtums in einem so hohen Maße Rechnung, daß kaum Wünsche offen blieben, zumal der vom 3. Schuljahr ab vorgeschriebene Unterricht in kroatischer Sprache, Literatur, Geschichte und Heimatkunde wohl als minimaler Anspruch des kroatischen Unterrichtsministeriums aus naheliegenden praktischen Gründen gutgeheißen

werden mußte.

Bis 1944 umfaßte das deutsche Schulwesen ca. 300 Volks- und Behelfsschulen, eine Lehrerbildungsanstalt in Esseg, zwei Realgymnasien in Esseg und Ruma, eine Handelsakademie in Semlin, acht Hauptschulen in Djakovo, Esseg, Indjija, Neu-Pasua, Semlin, Vukovar, Weretz, Vinkovci, sowie die private evangelische Oberrealschule in Agram.

Der innere Ausbau der kroatiendeutschen Volksgruppe zwischen 1941 und 1944/45 entwickelte sich auf der Linie einer straffen Erfassung aller Deutschen im "Unabhängigen Staat Kroatien" durch zahlreiche Organisationen, ein Prozeß, der freilich nachhaltig unter den Kriegsverhältnissen, vornehmlich den Auswirkungen der Partisanenkämpfe litt.

Am 8. Mai 1941 bereits erließ Altgayer nach dem "unbedingten Führerprinzip" vorläufige Organisationsbestimmungen", in denen die verschiedenen Ämter der Volksgruppenführung mit dem Sitz in Esseg und die Dienststellen für die Verbindung zur Ustascha-Regierung in Agram (Zagreb) eingeführt wurden. Das deutsche Siedlungsgebiet wurde in Kreise unter Kreisleitern und Ortsgruppen unter Ortsleitern eingeteilt, während in Ortschaften mit weniger als zehn deutschen Familien sog. "Stützpunkte" eingerichtet werden sollten.

In der "Landesbauernschaft" und der "Gemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft" entstanden berufsständische Institutionen, in denen Mitgliedschaft Pflicht war; sozialpolitische Aufgaben oblagen der nach dem Vorbild der "Arbeitsfront" gegliederten "Deutschen Arbeitsgemeinschaft". Infolge der Zerschlagung des jugoslawischen Staates kam es auch zu einer Umorientierung des kroatiendeutschen Genossenschaftswesens, das fortan in Esseg seine Spitze im "Hauptverband der deutschen bäuerlichen und gewerblichen Genossenschaften in Kroatien" besaß. Dieser soll im Frühjahr 1942 ca. 300 Genossenschaften umfaßt haben.

Als "politische Ausleseorganisation", die als der "einzige und alleinige politische Willensträger der Deutschen Volksgruppe" gelten wollte, wurde die "Nationalsozialistische Deutsche Gefolgschaft in Kroatien (NSDGGK)" ins Leben gerufen, der z.B. alle Dienststellenleiter der Volksgruppe angehören mußten (Art. 11).

Außer der "Deutschen Mannschaft", einer die Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr umfassenden, militärisch gegliederten Organisation, der "Deutschen Frauenschaft", deren Angehörige sich aus der "Allgemeinen Frauengemeinschaft" rekrutierten, und der "Stamm-DJ", einer Auswahl aus der "Deutschen Jugend (DJ)", waren der NSDGGK alle Standesverbände automatisch angeschlossen.

Diese bis zur Namensgebung und Altersgliederung in den einzelnen Organisationen genaue Kopie reichsdeutscher Vorbilder mit dem gleichen totalitären Anspruch, gemäß dem z.B. die Kinder vom 4. bis 10. Lebensjahr bereits in "Kindergruppen" zusammengefaßt wurden, ehe sie in das "Deutsche Jungvolk" und den "Jungmädelsbund" eintraten, schloß auch "in Anbetracht der besonders heiklen Lage der Deutschen Volksgruppe" die mehrfach in Verordnungen Altgayers geforderte Verpflichtung ein, die Nürnberger Gesetze "strengstens anzuwenden".

Der mit der Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in der Slowakei vergleichbare Status des Kroatiendeutstums war durch eine weitreichende nationale Autonomie gekennzeichnet, die freilich sogleich durch die Übernahme eindeutig staatlicher Funktionen, wie z.B. die Einrichtung eines eigenen Wehrbezirkskommandos in Vinkovci für alle Wehrpflichtigen der deutschen Volksgruppe, überschritten wurde.

Die auf den ersten Blick anziehende Lösung des Problems der kroatiendeutschen Minderheit durch ein nationalitätenrechtliches Autonomiestatut verriet doch das erdrückende politische Übergewicht des Reiches, das kroatischen Befürchtungen vor einem Staat im Staate Nahrung gab.

b) Banat.

Der Rumpfstaat Serbien und das Westbanat zwischen Theiß und der jugoslawisch-rumänischen Grenze unterstand der Verwaltung des "deutschen Militärbefehlshabers Serbien",

der dem OKH verantwortlich war, während der seit dem August 1941 zum "Wehrmachtsbefehlshaber Südost" ernannte und ihm vorgesetzte Generalfeldmarschall List in Athen dem OKW direkt unterstellt blieb.

Zwei Wochen nach dem Zusammenbruch des südslawischen Staates wurde am 5. Mai in Belgrad zwischen Kriegsverwaltungsräten des Militärbefehlshabers, Vertretern der ehemaligen jugoslawiendeutschen Volksgruppenführung (Dr. Janko, Dr. Neuner, J. Lapp, F. Reith, H. Lecker), die seit der Übernahme der Batschka und Baranja durch Ungarn ihren Sitz von Neusatz nach Groß-Betschkerek verlegt hatte, sowie serbischen Beamten die Grundlinien der von der "Deutschen Volksgruppe im Banat und Serbien" übernommenen Verwaltung des Banats festgelegt.

Einem deutschen Vize-Banus, Joseph Lapp, unterstand danach eine Behörde, die "sämtliche Funktionen und Zweige der gesamten inneren Verwaltung" umfaßte und deren vier Sektionschefs ebenso Volksdeutsche waren wie die Bezirksvorsteher, Gemeindevorstände und Leiter der Steuerämter in überwiegend volksdeutschen Gemeinden.

Zum Präsident des Appellationsgerichtshofes in Groß-Betschkerek wurde Dr. Neuner bestellt; im selben Ort wurde eine unter volksdeutscher Verwaltung stehende Außenstelle der Finanzdirektion und der Postdirektion in Belgrad eingerichtet; in Belgrad-Nord entstand eine eigene Eisenbahndirektion für das Banat. Die volksdeutschen Beamten galten als serbische Staatsangestellte.

Von der Regierung Nedić wurde die "Deutsche Volksgruppe im Banat und Serbien" noch im Juli 1941 als juristische Person des öffentlichen Rechts anerkannt, der zudem durch Verordnung vom 6.8.1943 das Recht der Besteuerung und Bestrafung von Volksgruppenangehörigen eingeräumt wurde.

Auch im Banat kann trotz der volksdeutschen Selbstverwaltung von einer Nationalitätenautonomie für die deutsche Minderheit im strikten Sinne nicht die Rede sein, da die deutsche Volksgruppenleitung teils Exekutionsorgan der deutschen Militärverwaltung wurde, teils die Gebietsherrschaft im Banat ausübte und eindeutig staatliche Aufgaben übertragen bekam, so daß ihr Verhältnis zur Nedić-Regierung kaum noch als Unterordnung bezeichnet werden kann. Vielmehr besaßen der Volksgruppenführer Dr. Janko und die von ihm abhängigen volksdeutschen Dienststellen eine aus den Kriegsbedingungen abzuleitende, von den Serben kaum geschmälerte Handlungsfreiheit.

Der innere Ausbau der Banater Volksgruppe folgte ähnlichen Grundsätzen, wie sie für die deutschen Minderheiten in Südosteuropa spätestens seit 1940/41 allgemein galten. Die "Deutsche Mannschaft" wurde zur Reserve für die 7. SS-Gebirgsdivision "Prinz-Eugen", deren Wehrrersatzamt in Groß-Betschkerek lag. Die "Deutsche Jugend", der "Arbeitsdienst", die "Frauenshaft" breiteten das Netz ihrer Organisationen über die donauschwäbischen Gemeinden, auch das "Kriegswinterhilfswerk", eine "Wehrmachtsbetreuung" und "Sammeltage" tauchten auf.

"Das Recht der selbständigen Organisation des Schulwesens im Banat" wurde der Volksgruppe durch die Verordnung vom 3. Oktober 1941 zuerkannt, d.h. der "Schulstiftung der Deutschen im Banat und Serbien" als Rechtsnachfolgerin der "Schulstiftung der Deutschen im Königreich Jugoslawien". Alle deutschen Schulen galten danach (Art. 2) als private Institutionen, die jedoch vom serbischen Staat jährlich in der Höhe der Lehrergehälter subventioniert wurden, sowie "Öffentlichkeitsrechte und alle Rechte der staatlichen Schulen" genossen (Art. 4), wie auch in merkwürdiger Verknüpfung alle Lehrkräfte Staatsbeamte waren.

Die Aufsicht über sämtliche deutsche Lehranstalten übten die Sektion für das deutsche Schulwesen im Belgrader Unterrichtsministerium und die Kreisschulleiter für deutsche Schulen, beides ausschließlich volksdeutschen Beamten vorbehaltene Institutionen, aus. Vom serbischen Staat und den Gemeindeverwaltungen mußten (Art. 3) mit dem Inkrafttreten des

Schuldekrets alle Gebäude, in denen sich Schulen und Abteilungen mit deutscher Unterrichtssprache befanden, einschließlich des Inventars "unentgeltlich" der deutschen Schulstiftung übergeben werden, der übrigens auch die Gestaltung der Lehrpläne oblag.

Unter denselben Bedingungen wurden ihr in Groß-Kikinda die staatliche Bürgerschule, in Pantschowa die ehemalige Volksschule, in Werschetz der Neubau und ein Teil des alten staatlichen Gymnasiums, in Weißkirchen das Offiziersheim und das Militärkrankenhaus übertragen. Für die Aufnahme von Kindern deutscher Volkszugehörigkeit galt die schriftliche Einwilligungserklärung der Eltern als maßgebend; der Unterricht in serbischer Sprache war Pflichtfach.

Außer den deutschen Volksschulen, zu deren Einrichtung es 15 deutscher Schulkinder an einem Ort bedurfte, bestanden zwischen 1941 und 1944 eine Lehrerbildungsanstalt in Werschetz, der auch ein Kindergärtnerinnenseminar angeschlossen war, eine Handelsakademie in Groß-Betschkerek, zwei Realgymnasien in Werschetz und Groß-Betschkerek, drei Untergymnasien in Groß-Kikinda, Pantschowa und Weißkirchen, neun Hauptschulen in Groß-Betschkerek, Werschetz, Groß-Kikinda, Weißkirchen, Pantschowa, Kovin, Modosch. Franzfeld, Karlsdorf und Rudolfsgrad, eine Landwirtschaftsschule in Werschetz und eine Haushaltsschule in Weißkirchen.

c) Batschka.

Die Batschka und Baranja wurden im April 1941 nicht von deutschen Truppen, sondern von Honvédeinheiten besetzt. Unmittelbar nach dem Einmarsch kam es zu blutigen Ausschreitungen gegen die serbische Bevölkerung, einige Male auch gegen die Donauschwaben. Massenausweisungen folgten, im Neusatzer Serbenmassaker vom Januar 1942 erreichten die Verfolgungen ihren Gipfel. Die mitbetroffenen Volksdeutschen entzogen sich bisweilen durch Flucht den Gewaltmaßnahmen oder führten bei den deutschen Dienststellen in Kroatien und im Banat Beschwerde.

Diese Vorfälle haben von Anfang an das Verhältnis der jüngeren Generation der Batschkaer Donauschwaben in den "Befreiten Südgebieten" zur ungarischen Verwaltung belastet, wogegen die Älteren trotz dieses enttäuschenden Auftaktes aus der Erinnerung an das Habsburger Reich die Annexion häufig begrüßten.

Nach der Übersiedlung der bisherigen Volksgruppenführung von Neusatz ins Banater Groß-Betschkerek, wurden die Deutschen in der Batschka und Baranja in den "Volksbund der Deutschen in Ungarn" (VDU) aufgenommen, der nach dem am 30.8.1940 zwischen Deutschland und Ungarn abgeschlossenen Wiener Volksgruppenvertrag als die einzige Organisation der ungarischen Staatsangehörigen deutschen Volkstums anerkannt worden war.

Allerdings ist ihm niemals der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zugebilligt worden, den die Volksgruppen der Banater und Kroatiendeutschen seit dem Herbst 1941 besaßen. Seither unterlag der größte Teil des Jugoslawiendeutschtums derselben Entwicklung wie das Deutschtum Ungarns. Die Deutschen in der Batschka und Baranja unterstanden den "Hauptämtern" der Budapester Volksgruppenführung unter Dr. Franz Basch und wurden in die Verbände der "Deutschen Mannschaft", "Deutschen Jugend", "Frauenshaft" und "Fachschaften" aufgenommen,

Während die beiden Reichstagsabgeordneten des Deutschtums im Trianon-Ungarn in den Parlamentswahlen von 1939 ihre Mandate errungen hatten, wurden als die Vertreter der ehemals jugoslawischen Donauschwaben die Skupschtina-Abgeordneten F. Hamm, J. Trischler und J. Spreitzer in das Unterhaus, Ch. Welker (Feketitsch) und O. Reszely (Palanka) in das Oberhaus berufen; in beiden Institutionen waren sie jedoch gegenüber der Politik, die von Basch und seinen Mitarbeitern nach dem "Führerprinzip" und gemäß den Direktiven reichsdeutscher Stellen vertreten wurde, ohne Einfluß.

Das Schulwesen unterstand seit dem Wiener Vertrag dem Schulamt des "Volksbundes". Die-

ser übernahm auch zunächst die Aufsicht über die Lehranstalten der Batschka, die bis zum April 1941 Einrichtungen der "Deutschen Schulstiftung" gewesen waren. Erst am 15.5.1943 wurde vom königlich-ungarischen Minister für Kultus und Unterricht ein "Stiftungsbrief der Schulstiftung der Deutschen Volksgruppe in Ungarn" gebilligt.

Ihm zufolge sollte diese neue Institution die gleichen Aufgaben wie die frühere jugoslawische und gleichzeitig wirkende Banater Schulstiftung wahrnehmen, indem sie "die eigenen Schulen der Stiftung und die von dem Volksbund der Deutschen in Ungarn bzw. seinem eventuellen Rechtsnachfolger errichteten, übernommenen oder anerkannten" deutschen Schulen unterstützte. Die Schulstiftung besaß keine autonome Stellung neben dem VDU, da dieser die fünf Mitglieder des "Stiftungskuratoriums" einschließlich seines Vorstandes aus Angehörigen des "Volksbundes" ernannte und faktisch die ungarndeutsche Schulstiftung weiter vom Schulamt der Volksgruppe abhängig blieb.

Bis zur Evakuierung und Flucht vor der Roten Armee seit dem Herbst 1944 blieben außer den Volksschulen in diesem neuen organisatorischen Rahmen von den jugoslawiendeutschen Lehranstalten erhalten: die Lehrerbildungsanstalt, die Bürgerschule und das Gymnasium in Neuerbaß, die Bürgerschule und das Gymnasium in Apatin, die landwirtschaftliche Schule in Futog und die beiden Bürgerschulen in Neusatz und Hodschag.

d) Serbien.

Noch im Sommer 1941 wurden die serbischen Volksdeutschen im "Kreis Prinz Eugen der Deutschen Volksgruppe im Banat und in Serbien" organisiert, der Belgrad und das der Regierung Nedić überlassene Restserbien umfaßte. Die Formen der Organisation entsprachen mit "Frauenshaft", "Deutscher Jugend", "Deutscher Mannschaft" usw. durchaus den reichsdeutschen Vorbildern.

Aus den Plänen, die im Juli 1941 sich in einer großen geheimen Denkschrift des Reichsführers-SS, zugleich Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums (RKFDV), des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums über die "Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet" niedergeschlagen hatten, sind allerdings keine Konsequenzen für die deutsche Politik in Rumpf-Serbien gezogen worden. In ihnen war an ein Projekt des Prinzen Eugen (!) angeknüpft und vorgeschlagen worden, Belgrad als "deutsche Reichsfestung" einer gleichsam NS-deutschen neuen Militärgrenze auszubauen und deren Garnison aus den wehrpflichtigen Volksdeutschen des Banater Hinterlandes zu rekrutieren.

Auch die Vorschläge, den Raum um Belgrad in ein "Eisernes-Tor-Gebiet" mit dem dort projektierten gewaltigen Kraftwerk für die Energieversorgung der Donaustaaten einzubeziehen, blieben im Bereich utopischer Pläne einer staatlich-wirtschaftlichen Neuordnung des Balkans.

...<<

>>... Die Erbitterung über den deutschen Angriff im April 1941, die jahrhundertelange Hajduken- und Komitadschitradition des romantisierten Bandenlebens, großserbische und kommunistische Ideologie, soziale Unrast und aufgestaunter Nationalitätenhaß verbanden sich auf der einen Seite zu einer rücksichtslos-radikalen Kriegsführung.

Auf der anderen Seite führte die Empörung über die eigene Hilflosigkeit gegenüber der Tätigkeit der Partisanen, die aus unzugänglich-wildem Gebiet heraus mit großer Brutalität operierten, sehr schnell zu maßlosen Vergeltungshandlungen der deutschen Besatzungsmacht, die seit dem OKW-Befehl vom 16.9.1941 für einen erschossenen deutschen Soldaten je hundert Geiseln, für einen verwundeten Deutschen je fünfzig Geiseln exekutieren ließ. ...

Nach NOKW-474 wurden allein in den drei Monaten bis zum 5.12.1941 mindestens 11.165 Serben exekutiert, bis zum Februar 1942 stieg die Zahl auf 20.149 sogenannte Sühneexekutionen an.

... Der Beginn des Rußlandfeldzuges ... löste auch das Eingreifen der bis dahin passiv abwar-

tenden Kommunisten unter Josip Broz-Tito aus, deren "proletarische Brigaden" bis in den Winter 1941/42 in dem Verhältnis eines oft ungeklärten Zusammenspiels, dann allmählich vorherrschender erbitterter Bürgerkriegsgegnerschaft zu den Tschetniks (Heimwehrorganisationen des konservativen Landvolks) standen.

Mit der Niederschlagung des Partisanenaufstandes in Serbien durch deutsche Truppen im Spätherbst 1941 endete diese erste Phase. Titos Anhänger schlugen sich nach Ost- und Nordwestkroatien durch, wo sie wegen der grauenhaften Massaker der Ustaschamiliz des Pavelic-Regimes unter den griechisch-orthodoxen Serben starken Zulauf und Unterstützung fanden. ... Am meisten bekam das Deutschtum im "Unabhängigen Staat Kroatien" die Härten des Partisanenkrieges zu spüren, da sich in diesem Gebiet das Gros der Verbände Titos konzentrierte. Dies galt indessen nur bis zur Umsiedlung des bosnischen Streudeutschtums im Oktober/November 1942. ...

Die ... Siedlungen in Slawonien und Syrmien ließen sich von der "Einsatzstaffel" der "Deutschen Mannschaft" ... besser verteidigen. Die "Einsatzstaffel" ... übernahm den Schutz der deutschen Siedlungsgebiete.

Sie setzte sich aus dem Stab in Esseg samt seiner "Stabswache", dem seit Oktober 1941 gebildeten Verfügungsbataillon "Prinz Eugen" mit 6 Kompanien von insgesamt ca. 1.500 Mann und den bis Ende August 1942 formierten 3 Bereitschaftsbataillonen "Ludwig von Baden", "General Laudon" und "Emanuel von Bayern" mit je 4 Kompanien, insgesamt 1.800 Mann, zusammen. ... Sämtliche Einheiten befanden sich dauernd im Einsatz gegen Partisanen. ... Alle Angehörigen dieser Verbände wurden bis Frühjahr 1943 zur Waffen-SS eingezogen ...

Die Kriegsführung wurde auf beiden Seiten zunehmend erbitterter und grausamer. Überfälle und Sabotageakte der Partisanen forderten Vergeltungsaktionen und Sühnemaßnahmen der deutschen Truppen heraus. Zu ihnen wurden häufig auch volksdeutsche Einheiten der Selbstschutz- oder Waffen-SS-Verbände herangezogen; diese in der Kriegs- und Bürgerkriegssituation entstandene Mitwirkung an Geislerschießungen oder beim Niederbrennen von Feldern und Dörfern hatte später für das Jugoslawiendeutschtum insgesamt unheilvolle Konsequenzen.

Die jugoslawischen Partisanen wollten darin nur einen Beweis für die gleichbleibend aggressive und illoyale Haltung der Jugoslawiendeutschen sehen. In ihren Augen zog sich eine gerade Linie von den Ereignissen im April 1941 über das Vorgehen der in vielen deutschen Siedlungen eingesetzten Hilfspolizei bis zum militärischen Einsatz der "Deutschen Mannschaft" in der Umgebung volksdeutscher Gemeinden und ihrem Anteil an Geiselerhaftungen und Sühneexekutionen. Hier hatte der Deutschenhaß der jugoslawischen Widerstandsgruppen, der schließlich in der Forderung nach kollektiver Vergeltung am Jugoslawiendeutschtum gipfelte, eine seiner Wurzeln.<<

10.07.1941

Ostkrieg: Die finnische Armee tritt am 10. Juli 1941 nördlich und westlich des Ladoga-Sees zum Angriff gegen die Sowjetunion an.

Am 10. Juli 1941 wird das erste spanische Freiwilligen-Kontingent ("Blaue Division") an der Ostfront gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt.

12.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: Die Sowjets und Briten beschließen am 12. Juli 1941 militärische Vereinbarungen. Dieses britisch-sowjetische Militärabkommen verbietet jeglichen Separatfrieden oder Waffenstillstand mit dem NS-Regime (x040/85). Zur Entlastung der Ostfront verlangt Stalin auch Luftangriffe gegen deutsche Städte.

Dieser Militärpakt (Dauer: 20 Jahre) wird am 26.5.1942 erweitert (x054/223).

UdSSR: Stalin läßt per Dekret vom 12. Juli 1941 mehr als 577.000 Häftlinge der Gulag-Strafarbeitslager, die wegen "unbedeutender Delikte" verurteilt worden waren, frei und in die

Rote Armee einziehen (x265/252).

13.07.1941

Ostkrieg: Der Stab der 26. sowjetischen Division berichtet am 13. Juli 1941 über die Kämpfe bei Slastjena (x029/278): >>... Auf dem Schlachtfeld ließ der Gegner ungefähr 400 Tote zurück. Etwa 80 Mann hatten sich ergeben, die erschossen wurden.<<

Deutsches Reich: Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärt am 13. Juli 1941 während einer Predigt (x067/136): >>Der physischen Übermacht der Gestapo steht jeder deutsche Staatsbürger schutzlos und wehrlos gegenüber! ...

Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird. ...

Meine Christen!

Die Gefangensetzung vieler unbescholtener Personen ohne Verteidigungsmöglichkeit und Gerichtsurteil nötigen mich, heute öffentlich an die alte, niemals erschütterte Wahrheit zu erinnern: "Justitia est fundamentum regnorum. Die Gerechtigkeit ist das einzige tragfeste Fundament aller Staatswesen!" Das Recht auf Leben, auf Unverletzlichkeit, auf Freiheit ist ein unentbehrlicher Teil jeder sittlichen Gemeinschaftsordnung. ...

Darum erhebe ich im Namen des rechtschaffenen deutschen Volkes, im Namen der Majestät der Gerechtigkeit, im Interesse des Friedens und der Geschlossenheit der inneren Front meine Stimme, darum rufe ich laut als deutscher Mann, als ehrenhafter Staatsbürger, als Vertreter der christlichen Religion, als katholischer Bischof:

Wir fordern Gerechtigkeit!<<

Von Galen bleibt trotz seines mutigen Protestes unbehelligt, denn Hitler will einen offenen Kampf mit der katholischen Kirche vermeiden.

14.07.1941

Ostkrieg: Der sowjetische Armeekommissar Mechlis (Chef der Verwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee) erteilt am 14. Juli 1941 die Weisung Nr. 20 (x046/106-107):

>>... Du hast den Eid geleistet, bis zum letzten Atemzuge treu zu sein Deinem Volk, der Sowjetheimat und der Regierung. Erfülle heilig Deinen Eid in den Kämpfen mit den Faschisten. Der Kämpfer der Roten Armee gibt sich nicht gefangen. Die faschistischen Barbaren peinigen, foltern und töten die Gefangenen viehisch. Lieber den Tod als faschistische Gefangenschaft. Das Sichergeben in die Gefangenschaft ist Verrat an der Heimat.<<

Der Chef der politischen Propaganda des 31. sowjetischen Schützenkorps, Brigadekommissar Iwantschenko, schreibt am 14. Juli 1941 an die Kommissare der Abteilungen für politische Propaganda (x029/289): >>In der Zeit der Kämpfe bemerkt man in der parteipolitischen Arbeit der Abteilungen folgende politisch schädliche, jetzt sogar verbrecherische Mängel:

1. Rotarmisten und Kommandeure nehmen im Kampfe keine Soldaten und Offiziere gefangen. Es sind Fälle vermerkt, daß Gefangene erwürgt und totgestochen werden. Ein solches Verhalten den Gefangenen gegenüber bringt der Roten Armee politisch Schaden, es erbittert die Soldaten der faschistischen Armee, es verhindert den Prozeß ihrer Zersetzung, es gibt dem Offizierbestand der faschistischen Armee Unterlagen, die Soldaten über "die Schrecken" in der Gefangenschaft der Roten Armee zu belügen und den Widerstand der Soldaten zu versteifen. ...

Ich ordne daher an: 1. Mit allen Mitteln der parteipolitischen Arbeit persönlich den Einheiten und Unterabteilungen die ganze Schädlichkeit des der Roten Armee unwürdigen Verhaltens gegenüber den Gefangenen zu erklären.

Auseinandersetzungen, daß der deutsche Soldat – Arbeiter und Bauer – nicht freiwillig

kämpft, daß der deutsche Soldat, wenn er sich in Gefangenschaft begibt, aufhört, ein Feind zu sein. Alle Maßnahmen zur Gefangennahme von Soldaten sind namentlich von Offizieren zu ergreifen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Haßpropaganda innerhalb der Roten Armee (x046/240-242): >>... Die Kriminalisierung des gegnerischen Heeres setzte unmittelbar nach Kriegsbeginn ein und wurde das eigentliche Betätigungsfeld der Hauptverwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee (GUPPKA, bald Politische Hauptverwaltung) und der ihr nachgeordneten Instanzen. "Tod dem faschistischen Gewürm", war das Leitmotiv in der von dem Chef der Hauptverwaltung, Armeekommissar Mechlis, am 14. Juli 1941 herausgegebenen Weisung Nr. 20 an die 'Abteilungschefs für Politische Propaganda bei den Verbänden und Armeen' ...

Die deutschen Soldaten wurden den Rotarmisten demnach dargestellt als "hitlerische faschistische Lumpen", als "faschistische Barbaren", "faschistische Raubtiere", so die Parole, "Zermalmt zu Staub die feindlichen Horden", "Zerschmettert die Banden Hitlers mit dem Geschloß, erdrückt sie mit Stahl, merzt sie aus mit Feuer", "Möge das faschistische Gewürm vor Hunger verrecken."

Solche und ähnliche Aufrufe der Hauptverwaltung wurden sofort aufgegriffen und weitergegeben, wie ein am 14. Oktober 1941 vor dem Stabe einer Schützendivision gehaltener Vortrag des bereits genannten Funktionärs Musev von der Politischen Verwaltung der 22. Armee illustriert. Musev diskriminierte das deutsche Heer als eine zuchtlose Bande von Räubern, Dieben und Säufnern, dazu aufgerufen, "straflos zu plündern, die wehrlose Bevölkerung zu töten, Frauen zu vergewaltigen, Städte und Dörfer zu zerstören und zu verbrennen".

Und was die Diskriminierung des Gegners anging, so standen die Führungsstellen den politischen Organen der Roten Armee in keiner Weise nach.

Marschall der Sowjetunion Budennyj, Oberbefehlshaber der Südwestrichtung, nannte die deutschen Truppen in seinem Befehl Nr. 5 vom 16. Juli 1941 "Banden des Menschenfressers Hitler", die Soldaten bezeichnete er als "faschistische Bestien".

Für Marschall der Sowjetunion Vorosilov, Oberbefehlshaber der Nordwestrichtung, waren sie gemäß Befehl Nr. 3 vom 14. Juli 1941 nichts anderes als "viehische Faschisten", "faschistische Aasgeier", "faschistische Banditen".

Und Marschall der Sowjetunion Timogenko, der bisherige Volkskommissar der Verteidigung, Oberbefehlshaber der Westrichtung (Mitglied des Kriegsrates Bulganin), geißelte die deutschen Soldaten in einem Aufruf an die Bewohner der besetzten Gebiete vom 6. August 1941 als "Hitlerbanden", "faschistische Ungeheuer", "deutsche Räuber", zu deren Vernichtung ein jedes Mittel recht sei. "Offiziere und Soldaten in den grünen Mänteln sind keine Menschen, sondern wilde Tiere", heißt es in einem Flugblatt der Politischen Verwaltung der Nordwestfront am 25. März 1942, "vernichtet deutsche Offiziere und Soldaten, wie man tolle Hunde erschlägt."

Die unterschiedslose Verteufelung der Soldaten des gegnerischen Heeres fand eine klare Zielsetzung, als es galt, Rotarmisten davon abzuhalten, sich dem Gegner gefangenzugeben. Denn in der Roten Armee wurde die These verbreitet, Sowjetsoldaten hätten in der Kriegsgefangenschaft den sicheren Tod zu erwarten.

Hatte etwa der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotow, schon nach dem Winterkrieg in seiner Rede vom 29. März 1940 vor dem Obersten Sowjet der UdSSR die angeblich "unerhörten Barbareien und Bestialitäten der Weißfinnen gegen die in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten" angeprangert, so mußten solche Vorwürfe natürlich erst recht im Hinblick auf die deutsche Wehrmacht gelten. In diesem Sinne verkündete auch Mechlis am 14. Juli 1941, die Deutschen würden ihre Gefangenen "peinigen, foltern und viehisch töten".

Der Politischen Hauptverwaltung kam es jetzt darauf an, "unversöhnlichen Haß, die Wut ge-

gen den Feind" anzufachen und den Truppen einen "unstillbaren Rachedurst für die Greuel-taten" anzuerziehen. Diesem Zweck diente auch eine in Leningrad 1941 herausgegebene Propagandaschrift "Faschistische Greuel-taten an Kriegsgefangenen", die in Verbindung mit einer entsprechenden Rede und Note Molotows vom 6. November 1941 über angebliche Untaten gegenüber Kriegsgefangenen praktisch die von nun an bis 1943 und darüber hinaus bis zum Kriegsende gültige Linie der sowjetischen Propaganda in dieser Frage festlegte.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund war es denn auch nicht verwunderlich, daß schon am 3. Kriegstage, dem 24. Juni 1941, der Kriegsgefangene Pocinko aussagte, die Rotarmisten seien aufgefordert worden, "keinem deutschen Soldaten Pardon zu geben, da man auf sie auch keine Rücksicht nehme und sie martere", ihnen, wie es hieß, "Finger, Nase, Ohren, Kopf abschneide oder den Rücken aufschneide und die Wirbelsäule herausnehme, bevor sie erschossen würden".

Einer gründlichen Befragung unterworfenen hohe Offiziere der sowjetischen 6. und 12. Armee waren diese Zusammenhänge bekannt, indem sie am 16. August bereitwillig einräumten, "daß die Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen auf Grund der hetzerischen antideutschen Propaganda möglich sein könnte". Was schließlich war auch anderes zu erwarten, wenn den Rotarmisten ständig Greuel-taten wie diese in einem Flugblatt aus jenen Tagen vor Augen gehalten wurden: "Jeden Tag erschienen dort betrunkene Nazioffiziere, die die Verhafteten mißhandelten, ihnen die Augen austachen, die Arme zerbrachen oder abschlugen, sie zerfleischten und viele lebendig begruben"? ...<<

Großbritannien: Premierminister Churchill erklärt am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...

Wo Sie (Hitler) auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.

Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.

Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<

15.07.1941

USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<

16.07.1941

Ostkrieg: Seit dem 16. Juli 1941 werden in allen sowjetischen Truppenverbänden Polit- bzw. Kriegskommissare eingesetzt.

Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen

Zu jeder sowjetischen Kompanie gehörte seit Juli 1941 grundsätzlich mindestens ein Politleiter (Dienstgrad = Oberleutnant), der innerhalb der Roten Armee die Einflußnahme und die Verwirklichung der KPdSU-Politik gewährleistete. Die Kriegskommissare besaßen als Regierungsbeauftragte besondere Vollmachten. Sie waren häufig die eigentlichen Befehlshaber der einzelnen Truppenteile. Jeder Politkommissar verfügte in seiner Kompanie über Spitzel, so daß er sofort über alle internen Vorgänge informiert wurde.

Wesentliche Tätigkeiten der Politleiter und der Politorgane (KPdSU-Führungsorgane in den

Streitkräften der Roten Armee) waren z.B. die Herausbildung von politischen und ideologischen Überzeugungen, die Aufrechterhaltung hoher Gefechtsbereitschaft und die Steigerung der Kampfkraft aller Streitkräfte sowie die Festigung der "militärischen Disziplin" und Mobilisierung von Reservisten. Ihre Hauptaufgabe war es, die "politische Erziehung" der Soldaten zu gewährleisten und die Kommandeure bei der militärischen Führung zu unterstützen. Die Politkommissare waren meistens fanatische und zu jedem Opfer bereite Kämpfer, denn Hitlers gnadenloser "Kommissarerlaß" versperrte ihnen jeden Weg in die Gefangenschaft.

Innerhalb der Roten Armee wurden außerdem verstärkt Komsomol-Organisationen (Kampf-Abteilungen des Jugendverbandes der KPdSU) eingesetzt, deren Hauptaufgabe es war, die jungen Rotarmisten zur "aufopferungsvoller Ergebenheit", zu Mut und Heldentum zu erziehen. Die Komsomolzen (sogenannte "Stalin-Schüler") arbeiteten eng mit den kommunistischen Politarbeitern und KP-Parteiorganisationen zusammen. Sie begleiteten meistens die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten.

Zur "parteilpolitischen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politarbeiter" an der Ostfront (x047/107).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegskommissare (x046/122-123): >>... Der Kriegskommissar war "neben dem Kommandeur" ... eindeutig auch der "militärische Führer seiner Abteilung". Er hatte nicht nur den gesamten Mannschaftsbestand, sondern auch die Kommandeure, Einheitsführer und Offiziere zu überwachen und zu bespitzeln und hierbei "mit den Stellen der Militärstaatsanwälte und Tribunale und der Besonderen Abteilungen zusammenzuarbeiten". Die Kriegskommissare und Politischen Leiter hatten die 'bedingungslose Erfüllung' aller Kampfaufträge sicherzustellen und waren dafür verantwortlich, daß die Soldaten mit 'Tapferkeit' und 'unerschütterlicher Bereitschaft' "bis zum letzten Blutstropfen mit den Feinden unserer Heimat kämpfen".

Sie also in erster Linie waren es, die die Rotarmisten ohne Rücksicht auf Verluste in das Feuer jagten. Zugleich war der Kommissar verpflichtet, einen "rücksichtslosen Kampf mit den Feiglingen, Panikmachern und Deserteuren zu führen, indem er mit harter Hand die revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin wiederherstellt".

Dies bedeutete, mit anderen Worten, jeden Soldaten, unabhängig von seinem Rang, beim Versuch des Überlaufens (oder der Gefangengebe) oder beim Sichtbarwerden von 'Angriffsmüdigkeit' "auf der Stelle zu erschießen". Ebenso bedeutete dies die 'mitleidlose' Vernichtung der "Feigen und Panikmacher, Mutlosen und Deserteure", das heißt aller, "die selbständig ohne Befehl die Stellung verlassen". ...

Ihre überragende Rolle in der Roten Armee als Aufpasser und Antreiber brachte es für die Kommissare und Politischen Leiter mit sich, daß die Masse der Soldaten in ihnen einen Gegenstand der Furcht und Abneigung erblickte. Dies galt insbesondere auch für die in ihrer Führerstellung eingeeengten und oft auch persönlich bedrohten Offiziere, die den Deutschen gegenüber mit ihrem Urteil dann jedenfalls nicht zurückhielten.

So sprach sich der Kommandeur des 49. Schützenkorps, Generalmajor Ogurcev, der das Sowjetregime im übrigen "als den größten Volksbetrug der Weltgeschichte" geißelte, am 11. August 1941 "mit größter Bitterkeit über die Zusammenarbeit mit seinem politischen Kommissar" aus, der, obwohl über "keine militärischen Kenntnisse verfügend, doch mit unbegrenzten Vollmachten ausgestattet und "in allen Fragen entscheidend" gewesen sei. ... Stets habe der Kriegskommissar mit einer Anzeige gedroht.

Ebenso berichtete der Kommandeur der 139. Schützendivision, Oberst Logionov, am 14. August 1941 von der zwischen einem Offizier und einem Kommissar bestehenden tiefen und

"nur durch Angst und Terror" überbrückten Kluft.

Der Divisionskommandeur der 43. Schützendivision, Generalmajor Kirpicnikov, sah am 30. September 1941 die Kommandeure von den Kommissaren an "Händen und Füßen" gebunden und "in ihrer Schaffenskraft und ihrem operativen Denken" geradezu erstickt. "Wie das Verhältnis ist", so die 'resignierte' Antwort des Hauptmanns der Luftstreitkräfte Ogrisko am 19. September 1941, "können Sie sich wohl vorstellen.

"Wenn Sie bedenken, daß auf einen jeden militärischen Führer ein politischer Kommissar oder Kontrolleur kommt. ... In der Armee kommt auf 2 Soldaten im allgemeinen ein Dritter, der als Mitglied des Komsomol der Partei oder des NKVD diesem Apparat dient. Im Offizierskorps ist das Verhältnis 1:1". ... Ein Armeeführer sei "auch nicht zu einem selbständigen Schritt" mehr in der Lage. "Er ist von Kommissaren, Spitzeln und seinem Kriegsrat umgeben. ... Auch die Generäle haben ihre Spitzel, die Regimentskommandeure haben sie usw." ...<<

Anti-Hitler-Koalition: In London zitieren die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanischen Ziele zu hindern. ...<<

18.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: Stalin fordert am 18. Juli 1941 erstmalig die Aufstellung einer alliierten Westfront, um die Rote Armee zu entlasten (x040/86).

27.07.1941

NS-Regime: Am 27. Juli 1941 unterschreibt Generalfeldmarschall Keitel (auf Weisung Hitlers) einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gibt, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198).

Mit dieser verhängnisvollen Weisung erhält Himmler den "Freibrief" für die geplanten "Säuberungsaktionen" in den osteuropäischen Besatzungsgebieten. Himmlers Einsatzgruppen können danach noch ungestört schalten und walten.

SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front"

Fast sämtliche SS- und SD-Sondereinsatzkommandos wurden von ausgestoßenen Offizieren der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS geführt. Bei den Degradierten handelte es sich vielfach um zum Tod verurteilte und später begnadigte Soldaten. Diese ehemaligen deutschen Offiziere trugen grundsätzlich keine Dienstgradabzeichen der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS. Die Angehörigen der SS- und SD-Einheiten waren größtenteils zwielichtige Gestalten (zunächst Wilddiebe und ähnliche Straftäter). Die deutschen und ausländischen SD-Sondereinheiten erkannte man sofort an den buntscheckigen Kampfanzügen und besonderen Kragenspiegeln (Karabiner mit Handgranate).

Die SS- und SD-Sondereinsatzgruppen entwickelten sich schnell zum Sammelbecken für den Abschaum des deutschen Volkes. Drückeberger und Feiglinge, die um jeden Preis den Kampfeinsatz in den vorderen Frontlinien vermeiden wollten, fanatische Nazis, grausame Sadisten, krankhafte Triebtäter, habgierige Plünderer und unehrenhaft entlassene Wehrmachtangehörige sowie sonstige Verbrecher konnten sich damals in diesen Sondereinsatzgruppen vollkommen ungestört und zügellos in den eroberten Gebieten hinter der deutschen Kampffront austoben.

Zur Bekämpfung der "reichsfeindlichen Elemente" Osteuropas setzte Himmler später auch verstärkt ausländische "Einsatzkommandos" aus dem Baltikum, der Ukraine und anderen sowjetischen Republiken ein. Die russische Sturmbrigade "RONA" (Russische Nationale Befreiungsarmee), unter Führung von Brigadeführer Kaminski, war besonders gefürchtet (x043/-425).

Nach Beendigung der Kämpfe und dem schnellen Vormarsch der deutschen Wehrmachtstrup-

pen rückten sofort die berüchtigten Einsatzkommandos der SS, Sicherheitspolizei (SIPO) und des Sicherheitsdienstes (SD) in die eroberten ostpolnischen und sowjetischen Gebiete ein. Diese "Einsatzkommandos" sollten zwar offiziell die feindlichen Partisanen hinter der deutschen Kampffront bekämpfen, aber ihre eigentliche Sonderaufgabe war es, daß Ostjudentum vollständig auszurotten.

Für den Einsatz dieser Todesschwadronen war Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, dem alle Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unterstanden, persönlich verantwortlich. Keitels Vollmacht, die Hitler anordnet hatte, garantierte den deutschen Sondereinheiten absolute Bewegungsfreiheit und Straffreiheit für alle Vergehen, die gegen sogenannte "Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" begangen wurden.

Da die SS- und SD-Einsatzgruppen auch mit äußerster Brutalität gegen die Partisanen vorgingen und bei ihren Einsätzen grundsätzlich keine Gefangenen machten, setzten sich die Partisaneneinheiten überall verzweifelt zur Wehr. Die SS- und SD-Sondereinheiten verzeichneten während der mörderischen "Strafexpeditionen" gewöhnlich hohe Verluste. Infolge dieser hohen Ausfälle durchsuchte man dauernd die deutschen Zuchthäuser, Konzentrations- und Militärstraflager nach "geeigneten Kräften", um die Verluste der SD-Einheiten auszugleichen. Im Rahmen dieser angeblichen "Bandenbekämpfung" ließ Himmler praktisch jeden Straftäter einsetzen (Mörder, Berufsverbrecher, Zuhälter und sonstige "asoziale Elemente").

Die SS- und SD-Terroreinheiten unterstanden keinem Kriegsrecht, alles war erlaubt. Überall, wo diese zügellosen Marodeure auftauchten, verbreiteten sie in Windeseile tödliche Furcht und Schrecken unter der osteuropäischen Bevölkerung. Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. In der Sowjetunion waren die SS-Strafexpeditionen gegen die Partisanen nebensächlich, denn in erster Linie sollte das osteuropäische Judentum vernichtet werden.

Die deutschen Todeskommandos und ausländischen "Sturmbrigaden" ließen regelmäßig entsetzliche Spuren des Todes und der Verwüstung zurück. Im Verlauf der unvorstellbaren Menschenjagden und Mordorgien zerrten die SS- und SD-Erschießungskommandos willkürlich Tausende von ahnungslosen jüdischen Zivilisten aus ihren Wohnungen und metzelten sie anschließend nieder. Angebliche Partisanen und völlig unbeteiligte Zivilisten (Frauen, Kinder und alte Menschen) mußten sich vor langen Panzergräben aufstellen und wurden danach gnadenlos mit Maschinengewehren niedergemäht.

Im Raum von Riga und Minsk verfügten einige Todesbrigaden bereits ab 1941/42 über "fahrbare Gaskammern" (umgebaute Lastkraftwagen), um die ahnungslosen, vielfach arbeitsuntauglichen Menschen schon während der Fahrt nach den Massengräbern heimtückisch zu vergasen.

In der Sowjetunion setzten die SS-Totenkopf-Brigaden insgesamt 18.048 Mann ein (x036/-171). Die SD-Sondereinheiten "operierten" durchschnittlich mit 5.000-10.000 Mann. Sie wurden von Ende 1940 bis 1944 in Ost-Mitteleuropa (Polen, der UdSSR, Jugoslawien, Ungarn und in der Slowakei) eingesetzt.

Das Todeskommando der SS-Sondereinsatzgruppe B (Einsatzleitung: SS-Gruppenführer Arthur Nebe, läßt sich später vorzeitig ablösen) liquidierte von Juni bis November 1941 im Gebiet von Minsk 45.467 Personen (x030/251). Nebe (1894 in Berlin geboren) wurde wegen Beteiligung am Hitler-Attentat zum Tod verurteilt und am 21.03.1945 in Berlin hingerichtet.

Die SD-Sondereinsatzgruppe C (Einsatzleitung: SS-Standartenführer Paul Blobel) ermordete im Raum von Kiew mindestens 60.000 Juden (x051/77). Blobel (1894 in Potsdam geboren) wurde am 10.04.1948 zum Tod verurteilt und am 7.06.1951 gehängt.

Von Juni 1941 bis Juni 1942 ermordete die SD-Einsatzgruppe D (Einsatzgruppenkommandeur: SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf) in der Süd-Ukraine rd. 90.000 Menschen, überwiegend osteuropäische Juden (x030/258). Ohlendorf (1907 in Hoheneggelsen/Landkreis Hildes-

heim geboren) wurde am 8. Juni 1951 in Landsberg gehängt.

Bis Ende 1941 brachten die SS- und SD-Einsatzgruppen etwa 0,5-1,0 Millionen sowjetische Juden und angebliche sowjetische Partisanen hinter der deutschen Ostfront um (x041/112, x036/43).

Im Rahmen der "Vernichtungsaktion Reinhard" (benannt nach Reinhard Heydrich, der am 4.06.1942 an den Folgen eines Attentats starb) wurden vom 22. Juni 1942 bis September 1942 mehr als 500.000 polnische Juden ermordet (x043/249). Die meisten Menschen fielen Massenerschießungen durch baltische und ukrainische Todesbrigaden zum Opfer. Die "Aktion Reinhard" leitete SS-Gruppenführer Odilo Globocnik (1904-45).

Als 1941/42 führende Wehrmachtbefehlshaber energisch gegen die SS- und SD-Massensmordaktionen protestierten, ordnete Himmler, wegen der besseren Geheimhaltung, die Massentötung in speziellen Vernichtungslagern an.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Erteilung der Vernichtungsbefehle an die SD-Einsatzgruppen (x036/117-118): >>... Bemerkenswert ist nach allem, daß der allgemeine Vernichtungsbefehl an die Einsatzgruppen nicht – wie bisher angenommen – als in sich geschlossene Weisung an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit ergangen ist; es sind vielmehr mehrere Einzelweisungen erlassen worden, die zusammengefaßt, schließlich das ergaben, was wir im Sprachgebrauch heute unter dem "Führerbefehl" verstehen:

Am Anfang stand die am 17. Juni 1941 in Berlin von Heydrich verkündete Weisung zur Anstiftung von Pogromen. Vermutlich gleichzeitig oder einige Tage später folgte der Auftrag, alle Juden in Partei- und Staatsstellen sowie sonstige "radikale Elemente" zu liquidieren. Im Rahmen dieses Auftrages begann man jüdische Männer – insbesondere im wehrfähigen Alter – "zur Vergeltung" und aus anderen nicht stichhaltigen Gründen zu exekutieren.

Das Ende der Entwicklung war schließlich der Befehl, auch Frauen und Kinder jüdischer Abstammung der physischen Vernichtung zuzuführen. ...

Obwohl feststeht, daß der Befehl zur Vernichtung aller Juden im Baltikum und den besetzten Teilen der UdSSR den Einsatzgruppen erst Wochen nach Eintritt des Falles "Barbarossa" erteilt wurde, ist nach den vorliegenden – wenn auch spärlichen – Erkenntnissen davon auszugehen, daß die sogenannte Endlösung der Judenfrage – die allgemeine Vernichtung der Juden – bereits bei Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion beschlossene Sache war.

Zur Durchführung dieses Vorhabens war der Einsatz der Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD von Anfang an vorgesehen, ohne daß es in irgendeiner Weise erkennbar offen gelegt worden wäre. Die Einsatzgruppen nahmen ihre Tätigkeit in allgemeiner Unkenntnis der Tatsache auf, daß sie als Vorreiter für die "Endlösung" auftraten. Stufenweise führte man sie im Rahmen ihres (Teil-)Auftrages "Bekämpfung reichsfeindlicher Elemente" an die geplante Ausrottung heran nach dem Schema, das Heydrich bereits unmittelbar nach dem Ende des Polen-Feldzuges für die "Lösung der Judenfrage" nach damaligen Vorstellungen - Deportation der Juden aus Deutschland und den einverleibten Gebieten in einen auf polnischem Gebiet zu gründenden Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung (späteres Generalgouvernement) – vorgesehen hatte:

Mit Schnellbrief vom 20. September 1939 an die Chefs der in Polen eingesetzten Einsatzgruppen erläuterte er damals, es sei zu unterscheiden zwischen dem Endziel, das längere Fristen beanspruche, und den Abschnitten der Erfüllung des Endzieles, welche kurzfristig durchzuführen seien, wobei er als ersten Abschnitt für das Endziel die Konzentrierung der Juden in den Städten ("aus Sicherheitsgründen") nannte.

Unter Berücksichtigung dieses Schemas sind die Auslösung der Pogrome und die Exekution jüdischer Männer zur Vergeltung und aus (vorgeschobenen) ähnlichen Gründen als erste Abschnitte auf dem Weg zum Endziel zu werten, wobei diese Maßnahmen als propagandistische

Vorbereitungshandlungen mit dem Zweck anzusehen sind, die Gefährlichkeit des "jüdisch-bolschewistischen Gegners" aufzuzeigen, die dessen Vernichtung zur Sicherheit des Deutschen Reiches und zum Erhalt des deutschen Volkes – wie überhaupt der arischen Rasse – rechtfertigt.

Der nächste Abschnitt – die Einbeziehung von Frauen und Kindern in die Vernichtungsaktionen - war zwar noch nicht das Endziel, jedoch bereits ein Zwischenziel, nämlich die Vernichtung der Juden im Baltikum und in den besetzten Teilen der UdSSR im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage".<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Einsatzgruppen sowie die mobilen Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, die nicht der deutschen Wehrmacht unterstanden (x051/142-143): >>... Am bekanntesten ist der Einsatz der Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug. Dafür wurden 4 Einsatzgruppen mit der Bezeichnung A, B, C, und D aufgestellt, die den Heeresgruppen Nord, Mitte, Süd und der 11. Armee zugeteilt waren; den Einsatzgruppen unterstanden jeweils 4-5 Sonder- (SK) bzw. Einsatzkommandos (EK) etwa in Kompaniestärke, die sich aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zusammensetzten. Später kamen noch Angehörige der Polizei-Reserve-Bataillone 9 bzw. 3 und des Bataillons der Waffen-SS V hinzu, die zugewise auf die Kommandos verteilt wurden.

Die Einheiten wurden durch Hilfswillige und einheimische Miliz verstärkt. Zu den sicherheitspolizeilichen Aufgaben gehörte die Bekämpfung "reichsfeindlicher Elemente", namentlich gemäß "Führerbefehl" die Vernichtung der Juden als Träger des bolschewistischen Systems. Auf Befehl von Heydrich lösten die Einsatzgruppen in den ersten Tagen des Feldzuges durchweg nur Pogrome aus, denen Exekutionen wehrfähiger Männer jüdischen Glaubens aus vorgeschobenen Gründen – wie z.B. Unterstützung von Partisanen, Brandlegung - folgten. ungefähr seit August 1941 wurden alle Juden - auch die Frauen und Kinder erschossen.

Die Vernichtungsaktionen liefen im allgemeinen so ab: Vor der jeweiligen Aktion nahmen die Chefs der Einsatzgruppen oder die Kommandeure der ihnen unterstellten Einsatz- und Sonderkommandos in der Regel mit den für die entsprechenden Ortschaften oder Gebiete zuständigen Wehrmachtseinheiten bzw. –Dienststellen Verbindung auf und setzten sie von ihrem Vorhaben in Kenntnis. Soweit erforderlich, wurden gleichzeitig Hilfsmaßnahmen, wie Absperrung des Exekutionsgeländes und Stellung von LKW für den Transport der Opfer zur Exekution, vereinbart.

Mit Hilfe von Dolmetschern, oft auch durch Hinweise der einheimischen Bevölkerung, wurden die Juden ermittelt und zu Sammelplätzen gebracht. Von diesen trieb oder fuhr man sie zu den Exekutionsorten, wo durch Kriegsgefangene bereits Gruben zur Aufnahme der Leichen ausgehoben worden waren, oder die Opfer wurden gezwungen, die Gruben selbst auszuheben. Die Juden mußten sodann ihre Wertgegenstände abgeben und sich entkleiden.

Während am Anfang die Exekution auf "militärische Weise" erfolgte, kam man bei zunehmender Zahl der zu Exekutierenden von dieser Art ab. Die Opfer zwang man, sich nebeneinander in die Grube mit dem Gesicht zur Erde oder, wenn eine Reihe voll war, mit dem Kopf zwischen die Füße der bereits Erschossenen zu legen, wobei es vorkam, daß die Grube zugeschüttet wurde, obwohl nicht alle Opfer tot waren.

Von der Jahreswende 1941/42 wurden zur Tötung der Juden "S(pezial)-Wagen! (Gaswagen) eingesetzt, um die Massenvernichtungen zu beschleunigen.

Das Ausmaß der Vernichtungsaktionen ergibt sich aus den erhalten gebliebenen sogenannten Ereignismeldungen, später Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, in denen die Berichte der Einsatzgruppen an das RSHA zusammengefaßt waren.

Hiernach hat z.B. das SK 4 a der Einsatzgruppe C unter dem SS-Standartenführer Blobel am 29. und 30.9.41 in der Babi-Yar-Schlucht bei Kiew 33.771 jüdische Männer, Frauen und Kin-

der und Anfang 42 wenigstens 10.000 Juden in Charkow erschossen.

Die Gesamtzahl der Opfer dürfte sich auf mindestens 900.000 Menschen belaufen. Gegen die ehemaligen Angehörigen der Einsatzgruppen wurden nach dem Krieg zahlreiche Verfahren geführt. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen in der Sowjetunion (x046/200): >>... Die sowjetische Kriegspropaganda, die die Deutschen und deren Verbündete von Kriegsbeginn an der Begehung unerhörter Greueltaten bezichtigte, geriet anfangs doch in eine gewisse Verlegenheit, als es darauf ankam, nun wirklich zugkräftige Beispiele aufzuzeigen. Zwar scheint das Wüten der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gegen die jüdische Bevölkerung, wenngleich nicht in seiner Systematik, sondern mehr in seinen Umrissen, bekannt geworden zu sein. Und Ehrenburg selbst zitierte schon am 18. Dezember 1941 einen erbeuteten deutschen Heeresbefehl, der insofern aufschlußreich ist, als es den Soldaten in ihm untersagt wurde, den als 'unumgänglich' apostrophierten Maßnahmen der Einsatzgruppen auch nur als Zeugen beizuwohnen.

Widerwillig und vielleicht unbeabsichtigt sah selbst Ehrenburg sich also gezwungen einzuräumen, daß das Niedermähen "Tausender von Bürgern" mit Maschinengewehren nicht von der Wehrmacht, sondern von den Einsatzgruppen ausging und zu verantworten war. "Es ist ein Sieg der Gestapo über die deutschen Generale", so urteilte er, "Himmler erhielt das Monopol der Galgen, und die Gestapomänner erhielten das Privileg, Dörfer zu verbrennen, Frauen mit Maschinengewehren zu erschießen und russische Kinder zu ermorden."

Insgesamt blieben die Bezeichnungen jedoch vage, und selbst Ehrenburg wußte in den Anfangsjahren wirklich stichhaltige Vorfälle nicht anzuführen. Die Sowjetunion sah sich, was die Greueltaten angeht, in der ersten Kriegshälfte propagandistisch tatsächlich in die Defensive gedrängt. ...<<

28.07.1941

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill schreibt am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<

30.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: In Moskau verhandelt Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion.

Schon 7 Tage später treffen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein.

Im Juli 1941 erhält die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).

In einem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 30. Juli 1941 erklärt die Sowjetunion in London die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 für hinfällig, lehnt die Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenzen von 1921 jedoch ab (x039/226).

06.08.1941

Ostkrieg: Marschall Semjon K. Timoschenko (1895-1970, Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront) ruft am 6. August 1941 alle Einwohner "der vom Feinde besetzten Gebiete" zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf (x046/129): >>... Überfällt und vernichtet die deutschen rückwärtigen Verbindungen, Transporte und Kolonnen, verbrennt und zerstört die Brücken, zerreißt die Telegraphen- und Telephonleitungen, zündet Häuser und Wälder an. Schlagt den Feind, quält ihn zu Tode durch Hunger, verbrennt ihn durch Feuer, vernichtet ihn durch die Kugel und Handgranate. ...

Für die Ausführungen der Zerstörungen im Rücken des Feindes verwendet weitgehendst die örtlichen Mittel, verwendet Hilfsmittel, welche Sprengstoffe verlangen. ... Zündet die Lager

an. Vernichtet die Faschisten wie tolle Hunde.<<

07.08.1941

Ostkrieg: Stalin wird am 7. August 1941 Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte.

Japan: Die Zeitung "Japan Times Advertiser" berichtet am 7. August 1941 über die anglo-amerikanische Einkreisungspolitik (x172/418): >>... Zuerst wurde ein riesiger Stützpunkt in Singapur eingerichtet und durch Truppen der Briten und ihres Weltreichs erheblich verstärkt. Um dieses Zentrum herum entstand ein Ring, bestehend aus amerikanischen Stützpunkten, der sich über ein riesiges Gebiet nach Süden und Westen von den Philippinen über Malaya und Birma hinzieht und nur auf der Halbinsel Thailand unterbrochen wird. Jetzt soll er auch die Meerenge mit einschließen, die sich nach Rangun erstreckt.<<

14.08.1941

NS-Regime: Am 14. August 1941 informiert das NS-Regime die deutsche Bevölkerung über die Verkündung der "Atlantik-Charta" durch Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill (x033/198): >>... Während auf den Schlachtfeldern im Osten im siegreichen Kampf gegen den Bolschewismus Deutschland und mit ihm die verbündeten Armeen Europas das Schicksal des Kontinents entscheiden und die gesamte abendländische Kultur vor der Vernichtung bewahren, haben sich Premierminister Churchill und Präsident Roosevelt "irgendwo auf See", weitab vom Schuß, getroffen und Grundsätze festgelegt, auf welche sich "eine bessere Zukunft der Welt" begründen soll.<<

Anti-Hitler-Koalition: Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legen am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:

1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind.
4. Sie werden sich bemühen, unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, für alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen besseren Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden.
5. Es ist ihr Bestreben, auf wirtschaftlichem Gebiet die volle Zusammenarbeit aller Nationen herbeizuführen, um für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit zu gewährleisten.
6. Nach der endgültigen Vernichtung der Tyrannei hoffen sie, daß ein Friede geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben und der die Gewähr dafür bieten wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not führen können.
7. Ein solcher Friede soll alle in die Lage versetzen, die Meere ungehindert befahren zu können.
8. Sie glauben, alle Völker der Welt müssen aus realpolitischen und aus geistigen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Da kein künftiger Frieden gewahrt bleiben kann, wenn Völker, die über ihre Grenzen hinaus durch ständige Aufrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit Angriffen drohen, so glauben sie, daß die Entwaffnung solcher Länder bis zur Festlegung eines breiter gefaßten und dauernden Systems allgemeiner Sicherheit wesent-

lich ist. Sie werden ebenso alle übrigen praktischen Maßnahmen unterstützen und ermutigen, die den friedensliebenden Völkern die drückenden Rüstungslasten erleichtern.<<

Elliott Roosevelt, der Sohn des US-Präsidenten, der während der Besprechungen vom 9. bis zum 12. August 1941 anwesend ist, berichtet später (x106/117): >>... Allmählich, fast unmerklich glitt der Kommandomantel von den britischen auf die amerikanischen Schultern. ...

Churchill hatte sich erhoben und durchmaß mit weiten Schritten das Zimmer. ...

Endlich rief er aus: "Herr Präsident, ich glaube, Sie wollen das britische Empire zerstören. Alle Ihre Ideen über die Ordnung des Friedens nach dem Krieg zeigen dies an. Aber dennoch wissen wir, daß sie unsere einzige Hoffnung sind.<<

Die "New York Times" schreibt später über den Abschluß der "Atlantik-Charta" (x106/117): >>... Die Zusammenkunft bedeutet den Beginn einer neuen Ära, in der die Vereinigten Staaten entschlossen sind, die einer großen Weltmacht zustehenden Verantwortlichkeiten zu übernehmen. ...

Die englisch-amerikanische Erklärung wird die Richtschnur bilden für die Anstrengungen der Vereinigten Staaten und des britischen Reiches.<<

19.08.1941

USA: Finanzminister Morgenthau notiert am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die antideutsche Haltung der westlichen Alliierten (x283/232-233): >>Schon seit den ersten Kriegsjahren ventilierten die Alliierten unterschiedliche Nachkriegspläne bezüglich der näheren und fernerer Zukunft Deutschlands. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten tat sich auf. Die leitende Absicht war, Deutschland als Militärmacht und Gefahr für seine Nachbarn endgültig auszuschalten.

Gegen Kriegsende wurden drastische Maßnahmen erwogen, Churchill und Eisenhower waren für kurzen Prozeß. Sie wollten jeden Nazi ab Majorrang erschießen lassen, viele Tausende von wirklichen oder angeblichen Kriegsverbrechern sollten sterben. Roosevelt plädierte mehrmals für eine Massenkastation der Deutschen. Das Nürnberger Tribunal war nicht von Anfang an vorgesehen, doch hatten die Vertreter der neuen Exilregierungen in London schon 1943 ein Gerichtsverfahren gegen die "War Crimes" verlangt.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehungspläne 1941/42 (x306/107-109): >>**Psychologische Kriegsführung**

Das Laboratorium für die projektierten Charakterwäschen wurde in der Kongreßbibliothek in Washington erstellt. Roosevelt hatte 1939 gegen den Widerstand der Berufsbibliothekare und konservativen Politiker den Dichter Archibald McLeish (geb. 1892) zum Leiter der Kongreßbibliothek ernannt. McLeish war in den hochkapitalistischen Zwanziger Jahren voller Ekel nach Paris emigriert, um mit der einsetzenden Wirtschaftskrise nach Amerika zurückzukehren. Roosevelt machte ihn zu seinem getarnten Propagandaminister. Als Leiter der Kongreßbibliothek stand er einem Office of Facts und Figures vor, das weniger Fakten und Zahlen als politische Stellungnahmen verbreitete.

Als 1942 aus dem noch bescheidenen Amt das Office of War Information (OWI) unter Elmer Davis hervorging, wurde McLeish dessen stellvertretender Leiter. 1944 schied er aus der Kongreßbibliothek aus und trat in das Außenministerium als Abteilungsleiter für Öffentlichkeit und kulturelle Beziehungen ein. Seine Aufgabe war es, die Idee der Vereinten Nationen populär zu machen. Er war bei der Gründung der UNESCO an zentraler Stelle tätig. Doch das

Ende der Roosevelt Epoche wurde auch zum Ende der Karriere des Archibald McLeish. Er ging 1949 nach Harvard als Professor für Rhetorik.

Unter McLeish wurde der politische Theoretiker der Neo-Freudianer, Harold D. Lasswell, mit der Leitung der Arbeitsgruppe "War Communications" beauftragt. Das Ziel der von der Rockefeller Stiftung finanzierten Gruppe war die "Rekrutierung und Ausbildung von Personal für die Propaganda, Informations- und Nachrichtenstellen, Beratung in Fragen der Strategie, Taktik und Organisation, Beschreibung und Analyse bestimmter Phasen der Kriegführung".

Die Zahl der ausgebildeten Propagandisten war etwa 300. Harold D. Lasswell (geb. 1902) war ein Pfarrerssohn aus Illinois, der über die Propagandatechnik im Ersten Weltkrieg doktoriert hatte. Er war gleichermaßen unter den Einfluß der Psychoanalyse wie des Marxismus geraten, wobei seine Leitsterne nicht Hegel, Marx und Freud (wie in Frankfurt), sondern Whitehead (der mathematische Logiker), Marx und Freud waren.

Er war der Politologe der "Washington School of Psychiatry". Seine Arbeiten beschäftigten sich meist mit der Verbindung von Persönlichkeitstypen und Politik. Er kam zur Konstruktion einer "demokratischen Persönlichkeit" und forderte, daß die sozialen Institutionen dahingehend verbessert würden, daß sie der Entwicklung solcher demokratischen Persönlichkeiten dienlich sein sollten.

Die Führung eines psychologischen Krieges war jedoch nicht allein Lasswells Idee. Es gab nicht weniger als 9 Ämter in Washington, die sich unabhängig voneinander mit den gleichen Aufgaben befaßten. So hatte Roosevelt im Juli 1941 einen Coordinator of Information (COI) eingesetzt, Oberst William Donovan. Der "wilde Bill" hatte sich gerade in Jugoslawien durch Anstachelung zum Widerstand gegen die Deutschen bewährt.

Die Dienststelle der COI beschäftigte sich unter Aufgebot einer großen Zahl von Wissenschaftlern mit den gedruckten Nachrichten und der Meinungsanalyse. Eine ähnliche Aufgabe auf dem Rundfunksektor hatte der Foreign Information Service (FIS) unter Robert Sherwood, der zwei Jahre lang mit dem COI um die Kontrolle des Rundfunks rang.

Im Sommer 1942 rief Roosevelt das zentralisierte Kriegsnachrichtenamt (Office of War Information - OWI) ins Leben, dem die gesamte "weiße" (offene) Propaganda unterstehen sollte. Dem COI wurde der Auslandsnachrichtendienst genommen, seine Dienststelle jedoch als "Amt für strategische Dienste" (Office of Strategie Services - OSS) reorganisiert, das nunmehr die "schwarze" (geheime) Propaganda übernehmen sollte.

Der OSS ist durch die Tätigkeit von Allen Dulles in der Schweiz bekannt geworden. Zwischen OWI und OSS gab es nicht nur den Unterschied zwischen "weiß" und "schwarz", sondern auch den erheblicheren zwischen demokratisch und republikanisch. Es ist kein Wunder, daß zwischen beiden einer jener Washingtoner Behördenkriege ausbrach, der mehr Energien kostete als die Auseinandersetzung mit Deutschen und Japanern.

Die Auslandspropaganda war der Preis, um den OWI und OSS im Schweiß ihres Angesichts rangen. Zwischen den Kampfjähnen stand die Armee, die im Sommer 1941 ein eigenes Amt für psychologische Kriegführung geschaffen hatte, das vom Psychologen Guthrie beeinflusst war. Nach Kriegsbeginn war aus diesem Amt eine umfangreiche Abteilung geworden, die teils wieder vom OWI aufgesogen, teils dem militärischen Nachrichtendienst unterstellt wurde.

Wie viele Washingtoner Kompetenzstreitigkeiten fand auch die um die psychologische Kriegführung keine Lösung, und die Oberbefehlshaber der einzelnen Kriegsschauplätze konnten entscheiden, wer bei ihnen psychologisch Krieg führte. Unter Eisenhowers diplomatischem Regiment wurde für Europa die Zusammenarbeit von OWI und OSS hergestellt und in einer "Psychological Warfare Division" in London institutionalisiert. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen

Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>...
Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reiches einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.

Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.

Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein.

Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<

24.08.1941

NS-Regime: Aufgrund der kirchlichen Proteste läßt Hitler am 24. August 1941 das Euthanasie-Programm einstellen.

Anti-Hitler-Koalition: Premierminister Churchill informiert die britische Bevölkerung am 24. August 1941 in einer Radiorede über den deutsch-sowjetischen Ostkrieg (x136/136): >>Eine gigantische Schlacht findet gegenwärtig statt. 7 Millionen Soldaten sind daran beteiligt. Die Schlacht tobt auf einer Front von ca. 3.500 km, eine tödliche Konfrontation, die vom arktischen Ozean bis zum Schwarzen Meer reicht. ...

Hitler begeht die schrecklichsten Verbrechen. ... Ganze Distrikte werden ausgelöscht. Zehntausende, wörtlich: Zehntausende von Exekutionen werden vorgenommen, kaltblütig, von der Militärpolizei der Nazis. ... Wir sind mit einem namenlosen Verbrechen konfrontiert.<<

25.08.1941

Anti-Hitler-Koalition: Britische und sowjetische Truppen marschieren am 25. August 1941 gleichzeitig in das neutrale Persien (Iran) ein (x041/112).

Die iranischen Truppen stellen bereits 3 Tage später den Kampf ein.

26.08.1941

Großbritannien: General Lee (US-Luftwaffenattaché in London) berichtet am 26. August 1941 über seine militärische Auswertung der deutschen Luftangriffe gegen England (x172/428-429): >>... Tatsächlich benötigt man 40 Bomber, um ein strategisch wichtiges Ziel zu zerstören. 1 Bomber tötet im Durchschnitt 0,75 Zivilisten und verwundet 1,25. ...

Ich glaube nicht, daß sich ein totalitäres System im Krieg mit einer einzigen Waffe schlagen läßt. Das wird zu Hause mächtig Ärger machen, denn Arnold und die Air Force sind ganz versessen darauf, Deutschland in Trümmer zu legen.<<

28.08.1941

UdSSR: Das Präsidium des Obersten Sowjets beschließt am 28. August 1941 die Auflösung

der "Autonomen sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen" und die "Umsiedlung" aller Rußland-Deutschen (x265/241): >>... Laut glaubwürdigen Informationen von Seiten der militärischen Behörden befinden sich unter der deutschen Bevölkerung des Wolgagebietes Tausende und Zehntausende von Saboteuren und Spionen, die nur auf ein Signal aus Deutschland warten, um in den Gegenden der Wolgadeutschen Anschläge zu organisieren.

Niemand hat die sowjetischen Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß sich unter den Wolgadeutschen so viele Saboteure und Spione befinden. Die deutsche Bevölkerung an der Wolga versteckt also bei sich die Feinde des Volkes und der Sowjetmacht. ...

Falls es auf Deutschlands Befehl durch die deutschen Saboteure und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Distrikten zu Sabotageakten kommt, fließt Blut, und die Sowjetregierung wäre gemäß Kriegsrecht zu Strafmaßnahmen gegen die gesamte deutsche Bevölkerung an der Wolga gezwungen. Um eine solch bedauerliche Situation und schwere Blutverluste zu vermeiden, hielt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig, die gesamte deutsche Bevölkerung des Wolgagebietes und der anderen Distrikte umzusiedeln und ihnen in den neuen Gebieten Land und eine staatliche Hilfe zur Besiedlung zuzuteilen.

Die über viel Land verfügenden Distrikte der Region Nowosibirsk oder Omsk, des Altaigebietes oder Kasachstans sowie der anderen angrenzenden Regionen sind die Zielgebiete der Umsiedlung. ...<<

Das Schicksal der Rußland-Deutschen während des Zweiten Weltkrieges

Hitlers Angriffskrieg gegen die Sowjetunion entwickelte sich für die Rußland-Deutschen zur größten Katastrophe ihrer bisherigen Siedlungsgeschichte. Wenngleich die Volksdeutschen nachweislich keine offiziellen Beziehungen und Kontakte zum NS-Regime aufnahmen, keine Spionagedienste für das Deutsche Reich nachgewiesen werden konnten und obwohl sie nicht den geringsten Widerstand leisteten, wurden alle volksdeutschen Siedler, die damals in der UdSSR lebten (1914 = etwa 1,7 Millionen, 1926 = etwa 1,25 Millionen und 1944/45 etwa 1,5 Millionen Rußland-Deutsche) als gefährliche Volksverräter eingestuft, die man unschädlich machen mußte.

Nach dem deutschen Angriff (22.06.1941) erteilte Stalin den Befehl, sämtliche europäischen Rußland-Deutschen nach Sibirien, Kasachstan oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR zu verschleppen. Im August 1941 umzingelten sowjetische Eliteeinheiten der Roten Armee und Einheiten der geheimen Staatspolizei (NKWD) die Siedlungen der Wolgadeutschen. In einigen größeren Ortschaften setzte man sogar sowjetische Fallschirmspringer in deutschen Wehrmachtsuniformen ein, um die Einwohner zu täuschen.

Für die berüchtigten NKWD-Einheiten waren alle Rußland-Deutschen grundsätzlich deutsche Partisanen und Spione. Viele Volksdeutsche wurden gefoltert, um Schuldbekennnisse zu erhalten. In manchen Ortschaften der Wolgadeutschen Republik wurden die männlichen Einwohner, egal ob Kinder oder Greise, zusammengetrieben und sofort an Ort und Stelle liquidiert (x025/39). Im Verlauf der Verschleppungsaktion trennte man vielerorts alle Kinder systematisch von ihren Eltern.

Während des Zweiten Weltkrieges deportierten die Sowjets mindestens 900.000 Rußland-Deutsche (darunter waren ca. 400.000 Wolgadeutsche) nach Sibirien, Kasachstan oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR (x026/31, x252/806).

Die Wolgadeutsche Republik (Hauptstadt Engels) wurde durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets am 28.08.1941 aufgelöst. Infolge der katastrophalen Unterbringung, der menschenunwürdigen Behandlung und der langjährigen Zwangsarbeit kamen bei diesen "internen sowjetischen Zwangsverschleppungen" ca. 289.000 Rußland-Deutsche um.

Im Rahmen der bisherigen "russisch-sowjetischen Nationalitätenpolitik" war die Deportation der Rußland-Deutschen eigentlich ein "normaler" bzw. "üblicher" Vorgang, denn die "Zer-

streuung" bzw. Zwangsverschleppung und Verbannung von hinderlichen Minderheiten oder rebellischen Völkern wurde schon seit Jahrhunderten durchgeführt.

Die Schwarzmeer- und Krim-Deutschen entgingen zunächst der Verschleppung, weil die deutschen Truppen diese Gebiete zu schnell besetzten. Als die deutschen Kampfeinheiten im Herbst 1943 zurückweichen mußten, flohen diese Volksdeutschen mit der Wehrmacht nach Westen. Von 1943 bis April 1944 flüchteten z.B. 63.000 Transnistrien-Deutsche, 70.000 Schwarzmeer-Deutsche und 150.000 Volksdeutsche aus der Ukraine mit Trecks und Wehrmachtsfahrzeugen (x007/66E).

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges deportierten die Sowjets weitere 300.000 Volksdeutsche (Umsiedler und Flüchtlinge), die in den Reichsgau Wartheland und in das Deutsche Reich umgesiedelt oder geflohen waren (x010/34). Von diesen 30.000 "Vertragsumsiedlern" und 270.000 Zwangsrepatriierten starben ca. 111.000 Volksdeutsche in den sowjetischen Arbeitslagern der Eismeerregion.

Der Volksdeutsche Woldemar Weber berichtet später über die Lage der Rußland-Deutschen bis zur Deportation (x037/104-105): >>... Sie hatten jahrhundertlang zwei Staatsangehörigkeiten. Sie waren keine Ausländer. Sie waren völlig assimiliert bis zu dem Pogrom gegen Deutsche 1915 im Ersten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte der Haß gegen Deutsche präsent bleiben. Es gab in Rußland fast mehr Deutsche als Tataren. ...

Wissen Sie, früher kamen die Deutschen an der Wolga oder in der Ukraine wenig in Kontakt mit den übrigen Russen. Es war ein so weites und großes Land. ...<<

Der deutsche Journalist Alfred Bohmann (1906-1983) schreibt später in seinem Buch "Menschen und Grenzen" über die Vernichtung der Wolgadeutschen Republik (x025/39): >>Zum Chef des Deportationskommandos war Iwan Serow, langjähriger Leiter der NKWD in der SSR Ukraine, ernannt worden, ein Freund Chruschtschows (1894-1971, ab 1958 sowjetischer Ministerpräsident, 1964 aller Ämter enthoben). Er war beauftragt, nicht nur die Deportationen durchzuführen, sondern auch die Anschuldigungen entsprechend zu begründen.

Serow ließ ein Bataillon von GPU-Fallschirmjägern in deutsche Uniformen stecken und diese über den deutschen Siedlungen abspringen. In der Meinung, deutsche Soldaten vor sich zu haben, die gekommen waren, um sie mit der Waffe in der Hand zu befreien, fielen die Wolgadeutschen auf diesen Trug herein. Dann kam der entsetzliche Augenblick, in dem die vermeintlichen Befreier plötzlich ihre Absichten erkennen und die Waffen sprechen ließen.

Ein gräßliches Blutbad war die Folge. Wahllös wurden nun Männer und Frauen zusammengetrieben und z.T. noch an Ort und Stelle erschossen. Große Gruppen anderer wurden als ertappte Saboteure und Spione weggeführt, Folterungen unterworfen, um für alle Fälle auch noch schriftliche Schuldbekennnisse von ihnen zu erpressen.

So sind Zehntausende von Wolgadeutschen als Kriegsverbrecher, gleich ob es sich um Frauen, Greise, Kinder, um Kommunisten, Funktionäre, Lehrer, Geistliche oder um Bauern oder Arbeiter handelte, in großen Massentransporten weggeführt worden. Vielfach wurden bereits auf dem nächsten Verladebahnhof Männer und noch halbe Knaben von ihren Familienangehörigen getrennt. ...<<

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schreibt später über die Tragödie der Rußland-Deutschen (x035/330): >>Als Hitler am 22.06.1941 seinen sowjetischen Verbündeten zu überfallen befahl, bedeutete der Vormarsch der deutschen Armeen für die überwiegende Mehrheit des Rußlanddeutschtums die Katastrophe.

Von nun an galten die in Rußland lebenden deutschen Kolonisten als mindestens potentielle Volksverräter und Kollaborateure ihrer ins Land eingedrungenen Landsleute, die man aus ihren Wohnsitzen entfernen und in dem russischen Riesenreich durch Zerstreung unschädlich machen mußte.

Bereits am 15. August begann daher die Verschickungsaktion von etwa 350.000 Deutschen

aus der inzwischen aufgelösten Wolgadeutschen Sowjetrepublik und ferner von etwa 150.000 Deutschen aus Ostvolhynien, der Ukraine, der Krim und dem Kaukasus. Die Zwangsverpflanzung der Schwarzmeerdeutschen wurde durch den raschen deutschen Vormarsch zunächst vereitelt; sie wurden 1942 und 1943/44 nach Westen umgesiedelt, die letzten schon fluchtartig beim Rückzug der deutschen Truppen.

Bis zum Kriegsende blieb keine Zeit mehr, sie im Reichsgebiet oder den von Polen abgetrennten Gebieten neu anzusiedeln. Die meisten von ihnen blieben im "Warthegau" in Lagern zusammengefaßt, bis auch sie, wie alle anderen Deutschen jenseits von Oder und Neiße, in die Schlußkatastrophe hineingerissen wurden. ...<<

Im Jahre 1964 bezeichnete das Nachrichtenblatt des Obersten Sowjets (Nr. 52/1964) die Pauschalbeschuldigungen des Deportationsbeschlusses gegen die Deutschen als "unbegründet" und "Ausdruck der Willkür unter den Bedingungen des Personenkults Stalins" (x077/63). Die Rußland-Deutschen wurden damit zwar offiziell rehabilitiert, aber sie durften trotzdem nicht mehr in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete zurückkehren.

31.08.1941

Ostkrieg: Gemäß Wehrmachtsbericht betragen die deutschen Verluste vom 22.06.1941-31.08.1944 an der Ostfront (x139/674): >>84.354 Tote, 292.690 Verwundete und 18.921 Vermißte beim Heer (einschließlich Waffen-SS) und 1.542 Tote, 3.980 Verwundete und 1.378 Vermißte bei der Luftwaffe.<<

01.09.1941

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 1. September 1941 (mit Wirkung ab 19.09.1941) eine Verordnung über die Kennzeichnung der Juden (x058/355): >>§ 1 (1) Juden, ... die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

(2) Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift "JUDE". Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht zu tragen.

§ 2 Juden ist verboten,

a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizei bei sich zu führen.

b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.<<

02.09.1941

Japan: Die Zeitung "Yomiuru" berichtet am 2. September 1941 über die nordamerikanischen Öl- und Flugbenzinlieferungen für die Sowjetunion (x172/432): >>... Die USA verhöhnen uns geradezu, wenn sie dieses Öl an uns vorbei nach Wladiwostok schicken.<<

Oberst Hayto Mabuchi (Chef der Presseabteilung der japanischen Armee) erklärt am 2. September 1941 während einer Rundfunkansprache, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien einen Wirtschaftskrieg gegen Japan führen (x172/432): >>... Wenn Japan keine friedliche Regelung durch diplomatische Verhandlungen erreichen kann, dann muß es sich mit Gewalt aus der Einkreisung befreien.<<

03.09.1941

NS-Regime: Im Vernichtungslager Auschwitz finden vermutlich am 3. September 1941 die ersten "Probevergasungen" von Menschen mit Zyklon B statt. Zyklon B ist eine blausäurehaltige Chemikalie, die bisher zur Ungezieferbekämpfung eingesetzt wird.

Nach Erprobung dieser effektiven Mordtechnik errichtet man im Vernichtungslager Auschwitz weitere Gaskammern mit gasdichten Türen und Luken für den Gaseinwurf (x106/123).

Der ehemalige SS-Unterscharführer Hans Stark berichtet später bei seiner Vernehmung über die ersten Massentötungen im Vernichtungslager Auschwitz (x036/169): >>Bereits im Herbst 1941 wurden in einem Raum des Konzentrationslagers Auschwitz Vergasungen vorgenom-

men. ...

Der Raum hatte ein Fassungsvermögen von 200-300 Personen, war über Zimmerhöhe hoch, hatte keine Fenster und nur eine abgedichtete Türe mit einer Verriegelung wie eine Luftschutztür. ... In der Decke waren in einigen Abständen zwei Öffnungen mit einem Durchmesser von ungefähr 35 cm angebracht. Dieser Raum hatte ein Flachdach, so daß durch diese Öffnungen das Tageslicht einfiel. In diese Öffnungen wurde das kornförmige Zyklon B eingeschüttet. ... Bei einem Transport konnten höchstens 500 Personen vergast werden. ...

War ich bei den Gaskammern, überprüfte ich die Anzahl der Vergasten selbst. In jedem Falle mußte ich die Anzahl der Vergasten, als auch der ins Lager Eingelieferten, dem RSHA durch Fernschreiben an Eichmann melden.

Bei den Vergasungen, an denen ich teilgenommen habe, wurden ausschließlich Juden vergast. ... Die erste Vergasung von Juden wurde im Herbst 1941 durchgeführt. Wie bei den Erschießungen wurde ich von Grabner aufgefordert, zum Krematorium zu kommen, um die Zahl zu überprüfen. Beim Krematorium standen etwa 200-250 jüdische Männer, Frauen und Kinder, auch Säuglinge waren dabei. ...

Eine Außenwand der Vergasungskammer war bis zur Deckenhöhe mit Erde aufgefüllt, so daß die Sanitäter bis auf den Raum kommen konnten. Nachdem alle Juden im Raum waren, wurde dieser verriegelt, und die Sanitäter haben das Zyklon B in die Öffnungen geschüttet. Es waren mehrere Büchsen.<<

04.09.1941

Ostkrieg: Das erste Regiment der "Französischen Freiwilligen-Legion" wird am 4. September 1941 an die Ostfront transportiert.